

Die „Freiheit“ erscheint morgens und nachmittags, Sonntags und Montags nur einmal. Der Bezugspreis beträgt bei jeder Zustellung im Voraus 10.000 M. im voraus zahlbar, von der Spedition sechs abgezogen 8.50 M. für Postgebühren nehmen sämtliche Postämter in Deutschland entgegen. Unter Umständen bezogen für Postland und Österreich 16.00 M., für das übrige Ausland 21.50 M., einschließlich Postgebühren, per Viertel für Deutschland und Österreich 30.00 M. Redaktion und Expedition: Berlin N.W. 6, Fehrbauerbaum 19 III. Fernsprecher: Amt Norden 833-38 und 9763.

Die achtspaltige Titelparallele über dem Namen kostet 5.- M., einschließlich Druck- und Papiergeld. Die Titelparallele über dem Namen kostet 5.- M., einschließlich Druck- und Papiergeld. Die Titelparallele über dem Namen kostet 5.- M., einschließlich Druck- und Papiergeld. Die Titelparallele über dem Namen kostet 5.- M., einschließlich Druck- und Papiergeld.

FREIHEIT

Berliner Organ

Der Unabhängigen Sozialdemokratie Deutschlands

Wen wählen wir am 20. Juni?

Von Klara Wepl.

Die Berliner Einheitsgemeinde wird mit ihren 4 Millionen Einwohnern eine der größten Gemeinden der Welt werden. Auf dem Kontinent wird sie nur durch Paris übertroffen, sonst nur von London und New York. Die Ausgaben, die in dieser Gemeinde zu erfüllen sind, haben vielfach größere Bedeutung, wie in den geistig lebendigen Körperkassen. Um so mehr, da während man sonst die Städte mit Recht die Keimzellen des Staates nennt, die neue Gemeinde Berlin das Hauptorgan des Reiches und Staates darstellen wird.

Wenn die Bevölkerung das, was sie am 6. Juni anfragte, durch die Wahl am 20. Juni bestätigt, dann wird die Mehrheit der Berliner Stadtverordnetenversammlung auf dem Boden des kommunalen Sozialismus stehen, der seine Konsequenzen, grundsatztreuen Vertreter nur in der Unabhängigen Sozialistischen Partei findet.

Wir wissen sehr wohl, daß ohne Erringung der politischen Macht im Reichsparlament und außerhalb der parlamentarischen Vertretungen durch die Massenaktion des Proletariats selbst in einer Verfassungsgebenden Versammlung von Berlin ausschlaggebende und entscheidende Schritte im Sinne einer Sozialisierung oder gemeindlicher Kommunalisierung kaum geschehen können. Aber immerhin, eine starke Mehrheit in dem neuen Verwaltungsorganismus, die nur das Wohl der Allgemeinheit in das Auge faßt, kann durch rastlose Pionierarbeit neben der revolutionären Propaganda, selbst bei der trostlosen Finanzlage der Gemeinde, sozialistische Kulturpolitik treiben.

Wir fordern, daß alle gewerblichen Unternehmungen, die allgemein notwendigen Bedürfnissen der Gemeinde dienen, ausschließlich von der Gemeinde zu betreiben sind. Absehbare von der Versorgung mit Wasser, Elektrizität, Gas und Brennstoffen, denken wir an das Verkehrs- (Personen- und Frachtförderung), an die Erzeugung, Beschaffung, Verarbeitung, Lagerung und den Vertrieb von Nahrungsmitteln und Genussmitteln; an die Herstellung von Gegenständen des Bedarfs der Gemeindeverwaltung; an das Druckereiwesen, Ankeraten- und Anschlagwesen, die Feuerversicherung, die Apotheken und das Bestattungswesen.

Wir verlangen weiter die Kommunalisierung des Wohnungswesens. Die Gemeinde hat darauf hinzuwirken, daß der gesamte Grundbesitz ihres Bezirkes, sowie die auf demselben befindlichen Gebäude von ihr erworben werden, um sie gemeinnützig zu verwalten. Soweit es die Verhältnisse erlauben zulassen, ist schon jetzt für die genügende Anzahl Wohnungen durch Eigenbauten zu sorgen, wobei gesunde Beschaffenheit und Schönheit der Häuser und Wohnräume zu berücksichtigen sind. Für Ledige sind Wohnungen zu errichten.

Die Vorbedingungen hierfür gibt ein Kommunalisierungsgebot, das augenblicklich dem Reichsrat zur Beschlußfassung vorliegt. Anderthalb Jahre hat es gedauert, bis ein solches Gesetz von der Regierung, in der die Rechtssozialisten einen entscheidenden Einfluß ausübten, vorbereitet wurde. Was lange währt, soll dauern, doch das kann man von diesem Entwurf nicht behaupten. Die Belanglosigkeit desselben kann nicht härter gekennzeichnet werden, als durch die Kritik dieser Blätter regierungssozialistischer Grundsozialisten, zu der selbst der frühere Ministerpräsident Sieck sich veranlaßt sieht. Er bezeichnet in der „Vossischen Zeitung“ (Nr. 213) den Entwurf als „herzlich belanglos“ und meint, er „hätte dem Reichstage getrost auch vor dem Kriege mit der Aussicht auf Annahme unterbreitet werden können“. Und weiter: „... und dann bestreitet das Gesetz in keiner Weise, es erweckt den Anschein, als ob etwas geschieht, während in Wirklichkeit alles so gut wie beim alten bleibt, es bietet den Sozialisierungsfreunden nicht weniger Angriffsflächen als dem Gegner, es ist eine halbe Maßnahme, weder Fisch noch Fleisch.“

Schon aus diesen Worten ist zu ersehen, daß die Bevölkerung den Verheißungen der Rechtssozialisten kein Vertrauen schenken darf.

Wenn auch die rechtssozialistischen Kommunalvertreter sich zu wesentlichen Punkten unseres Kommunalprogramms unwillkürlich äußern, so laßt sich die Bevölkerung mit Recht, wenn man zu solchen Versicherungen, die, wie die Erfahrung lehrt, nur ein Lippenbekenntnis sind, kein Vertrauen haben. Denn in den letzten einund-

Dr. Mayer-Kaufbeuren mit der Bildung des Kabinetts beauftragt.

Es wird weiter verhandelt.

Es wird amtlich bekanntgegeben, daß der Präsident der Nationalversammlung, Hohenzollern, den neugewählten Reichstag auf Donnerstag, den 24. Juni, nachmittags 3 Uhr, einberufen hat.

Der Reichstag wird also in einer Woche zusammentreten. Ob er aber eine amtsfähige Regierung vorfindet, ist noch immer sehr zweifelhaft. Herr Feilerbach, den sein Parteigenosse Trimborn als Reichskanzler ausersuchen sollte, hat abgelehnt. Nun ist der Ruf zur Kanzlerschaft an Herrn Mayer-Kaufbeuren, den deutschen Geschäftsträger in Paris, ergangen. Ob Mayer-Kaufbeuren die Bildung eines Kabinetts übernehmen wird, ist aber noch ungewiß, da er von München, wo er sich bis vor kurzem aufgehalten hat, nach Paris zurückgereist ist. Mittwochabend lag noch keine Antwort von ihm vor.

Inzwischen verhandelt Herr Trimborn immer noch mit der Deutschen Volkspartei auf der einen Seite, mit der er ein bürgerliches Kabinett bilden und mit den Rechtssozialisten auf der anderen Seite, mit denen er die alte Koalition wieder herstellen möchte. Die Demokraten haben Mittwoch vormittag eine Fraktions-sitzung ihrer Reichstagsabgeordneten abgehalten, die sich mit der politischen Lage befaßt hat. Wie die demokratische Presse berichtet, hat ein großer Teil der Abgeordneten den Wunsch ausgesprochen, die bisherige Regierungskoalition wiederherzustellen. Wie sich die Rechtssozialisten dazu verhalten, hat man bisher noch nicht erfahren.

Die Zusammenstöße in Gleiwitz.

Eigene Drahtmeldung der „Freiheit“

Gleiwitz, 16. Juni. In der gestrigen Stadtverordnetenversammlung wurde noch sehr erregter Kundgebung und nachdem sich die polnischen und die unabhängigen Stadtverordneten aus der Versammlung entfernt hatten, eine Entscheidung angenommen, in welcher 1. der Magistrat ersucht, die Untersuchungskommission zu bitten, daß die französische Besatzung durch andere Entente-Truppen ersetzt wird, worüber die Franzosen nicht sich äußern dürfen, für Ruhe und Ordnung zu sorgen und 2. verlangt wird, daß die schuldigen Offiziere und Mannschaften öffentlich genannt werden und die für ihrer Bestrafung öffentlich bekannt gegeben wird. Die Geschädigten sollen auch eine gewisse Summe als Entschädigung erhalten. Am Schluß dieser Entscheidung wurde noch dagegen protestiert, daß

einhalb Jahren haben ihre Vertreter in der Regierung und in den Parlamenten infolge ihrer Anlehnung an die bürgerlichen Parteien so manche sozialistische Forderung schändlich verraten!

Erst in allerletzter Zeit, unter dem kräftigen Druck, den unsere Fraktion ausübte, haben sie sich, vielleicht auch im Hinblick auf die bevorstehenden Wahlen, eines besseren besonnen.

Wir klagen es ihnen wird, sich freizumachen von Kleinbürgerlichen Erwägungen, zeigte uns die Verhandlung über die Forderungen der Magistratskräfte in der letzten Stadtverordneten-Sitzung. Erst sprachen ihre Vertreter mit Entschiedenheit gegen die Forderungen unserer Fraktion, die sich bemüht, den Forderungen der Hilfskräfte gerecht zu werden. Bei der Abstimmung aber kam es zu einem eigentümlichen Schauspiel. Erst schickten einer und wieder einer, dann schließlich unter den aufmunternden Rufusen der U. S. V. D. und dem schadenfrohen Gekohle der bürgerlichen erhob sich mit Ach und Krach die ganze S. V. D. — Schwankende Gestalten — wie kann zu ihnen die Wählerische Vertrauen haben!

Wir sind uns wohl bewußt, daß, wenn uns am 20. Juni die Bevölkerung Berlins die Treue hält und wir die Mehrheit erlangen, oder mindestens den entscheidenden Einfluß

in die Beschlüsse des Magistrats eingegriffen worden ist. Dieser Prozeß bezieht sich auf den Verweis, den der zweite Bürgermeister in Gleiwitz von den Franzosen bekommen hat.

Ueber den bereits gemeldeten Zusammenstoß zwischen französischen Soldaten und Gemeindefreien ist der amtliche Bericht erschienen. Die Untersuchung hat ergeben, daß den Soldaten in keiner Weise irgendeine Schuld trifft, sondern daß die allein Schuldigen an diesem Vorfall die französischen Soldaten waren, welche durch das Locken der Schüler über die Uniform des bei ihnen weilenden schottischen Soldaten gereizt waren. Der Schotte selbst habe daran kein Vergnügen genommen. Streikwütige der Schüler auf die Soldaten sind nach übereinstimmenden Berichten der Augenzeugen nicht erfolgt.

Das neue italienische Kabinett.

Rom, 16. Juni.

Das neue Kabinett hat sich wie folgt gebildet: Giolitti Ministerpräsident und Innen-; Giolitti, Unterrichts; Nitti, Außen-; Sonnino, Krieg; Sonnino, Marine; Giolitti, Landwirtschaft; Giolitti, Industrie; Giolitti, Post; Sonnino, öffentliche Arbeiten; Sonnino, Arbeit.

Das holländisch-deutsche Kreditabkommen.

Haag, 16. Juni.

Der Gesetzentwurf betr. das holländisch-deutsche Kredit- und Kohlenabkommen ist der Zweiten Kammer zugestellt worden. In den Erläuterungen heißt es u. a.: Auf Grund des Abkommens wird Holland einen zweifachen Kredit für Deutschland rufen, einen von 60 Millionen Gulden für den Verkauf von Lebensmitteln holländischen und niederländischen Ursprungs, einen zweiten von 140 Millionen Gulden für den Verkauf von Rohstoffen. Für beide Kredite ist der Zinssatz auf 6 Prozent festgesetzt. Mit Unterpfand werden deutsche Schatzanweisungen bis zum Betrag von 200 Millionen Gulden bei der Niederländischen Bank deponiert. Die Rückzahlung des Lebensmittelskredites soll durch Verrechnung mit 25 Prozent des Preises der Kohlen erfolgen, die auf Grund des Abkommens durch Deutschland an Holland geliefert werden, mit der Nachnahme, daß Deutschland nicht mehr als höchstens 20 Millionen Gulden jährlich abzugeben braucht. Der Kohlenkredit muß spätestens am 31. Dezember 1921 getilgt sein. Hierbei ist nicht bestimmt, daß die Kohlen niederländischen oder niederländisch-indischen Ursprungs sein müssen, so daß Deutschland auf den vorteilhaftesten Märkten kaufen kann.

auf die neue Stadtverwaltung gewinnen, wir, soweit es im Rahmen der Kommunalverwaltung möglich ist, auch die volle Verantwortung für alles, was wir tun und lassen, tragen.

Als konsequente Vertreter des Sozialismus werden wir bestrebt sein, die wirtschaftlichen Verhältnisse der breiten Masse der Bevölkerung zu fördern. Insbesondere werden wir stets daran denken müssen, daß der neue Verwaltungsorganismus Berlins über die engeren Grenzen unseres Landes hinaus, der Internationale Arbeiter- und Bauernliga ein Vorbild sein soll.

Das Interesse gerade unserer Frauen möchten wir noch auf einige Zweige der Verwaltung hinlenken, die für sie von besonderer Bedeutung sind. Bisher haben sie u. U. den Frauen der Gemeindepolitik viel zu wenig Aufmerksamkeit geschenkt. Das muß anders werden. Einmal sind die Frauen als der größte Teil der Wählerschaft bei der Ausübung der Stadtparlamenten von ausschlaggebender Bedeutung, und zum anderen Male sind die Einrichtungen der Stadt für sie als Hausfrau und Mutter von unmittelbarer Bedeutung. Auf die Ernährungs- und Wohnungswirtschaft wurde schon oben hingewiesen.

Die Sorge um unsere Kinder und Jugendlichen wird vorrangig gestellt werden müssen. Wir werden so schnell und so gründlich wie möglich daran gehen müssen, die Sch-

den, die der wahnsinnige Krieg heraufbeschworen und die zur Erschöpfung des Volkes durchführt von den sogenannten staatsbehaltenden Parteien, dem Volke und in erster Linie den Kindern zusähe, wieder zu helfen. Das wird aber nur in bedingtem Maße der Fall sein. Denn durch die Kinder, die heute in der Erziehung stehen, wird erst der Grund des Krieges zur vollen Geltung kommen, wenn sie berufen sein werden, ein neues Geschlecht zu zeugen. Neben fehlt das Mark und die Kraft von Kindesbeinen an. Dessen sollen unsere Mütter gedenken, wenn sie zur Wahl schreiten!

Im Bericht der Vereinigung für Kinderhilfe für den Internationalen Kongress für Kinderhilfe im Genf im Februar 1920 heißt es, daß unter 2.283.000 Kindern der deutschen Großstädte sich 200.633 tuberkulöse befanden. 835.973 waren schwer unterernährt und mit anderen Krankheiten befallen, so daß insgesamt 1.036.603 als krank angesehen werden müssen. Das Körpergewicht ist bedeutend gesunken. Die Sterblichkeit erheblich gestiegen. Der Bericht sagt ferner, daß ungefähr 2 1/2 Millionen deutscher Kinder in den nächsten Jahren dem Untergang geweiht sind, wenn nicht so rasch als möglich für bessere Ernährung gesorgt werden kann. Ungefähr 6 Millionen Kinder sind als ernstlich gefährdet zu betrachten. Auch das sollen sich die Frauen vor Augen halten, wenn die bürgerlichen Parteien um ihre Stimmen buhlen. Kalten Serzens haben sie die Not und den Tod des Volkes heranwachsen sehen, und würden im gegebenen Moment wieder genau so handeln.

Was sind ihnen die Proletarierkinder? Maschinen, um ihnen den Weg für ein bevorzugtes Leben zu ebnen.

Wir wollen nicht ruhen, bis wir genügend Gesundheits- und Erholungsmaßnahmen für unsere Kinder geschaffen haben.

Das Recht der unehelichen Mutter ist noch nicht in unserem Sinne ausgebaut. In der Stadt aber können wir ihr helfend zur Seite stehen: hier werden die Kinder durch die Verfallsformidität erfasst und ihre Rechte gegen den Erzeuger gründlich wahrgenommen.

Schwangeren- und Mütterheime müssen gearndet werden, um den wachsenden Müttern in den letzten Monaten die Sorge um die Unterkunft zu nehmen. Wir können nicht dulden, daß auch jetzt noch im Jahre ca. 100 Frauen Berlins, durch die Not gezwungen, im Obdach ihre schwerere Stunde erwarten. Mütterhelme sollen die Möglichkeit geben, daß die innige Gemeinschaft zwischen Mutter und Kind nicht durch den brutalen Kampf ums tägliche Brot gelöst wird. Anschließend an diese Heime werden Arbeitsgelegenheiten zu schaffen sein, damit die Frauen ganz oder zum Teil ihren Unterhalt erwerben können.

Die Waisenfürsorge wird im sozialistischen Sinne auszubauen sein. Wir werden die Kinder in keinen Landesziehungsheimen zusammenschließen müssen. Wenn die Familienpflege, wie sie sich heute gestaltet hat, ist nur ein Notbehelf. Namentlich auf dem Lande werden die Kinder als willkommenen Hilfe für Haus und Wirtschaft in Blüte genommen. Die Aufsichtorgane, meist die Herren Pfarren am Ort, vertreten letzten Endes viel mehr die Interessen der Ortsangehörigen wie die unserer Kinder. Hier läge ein weites, regenreiches Tätigkeitsfeld für unsere Elternbeiräte. Viele andere Fragen ließen sich noch aufrollen, um unseren Frauen die Wichtigkeit der kommenden Wahl zu beweisen.

Wo man auch die kommunalen Fragen anpacken mag, stets kommt man zu dem Schluss, nur eine freie, ungehemmte Entwicklung des neuen Gemeinwesens ist imstande, auch heute schon viele Verschwerden der minder- und unbemittelten Bevölkerung zu lindern und zu beheben.

Die Entscheidung fällt am nächsten Sonntag. Alle Arbeiter, Angestellten und Beamten Groß-Berlins müssen ihre Pflicht tun und einmütig eintreten für die Liste der unabhängigen Sozialdemokratischen Partei.

„Vorwärts“-Manöver.

Der „Vorwärts“ geliebt nun endlich, daß die Rechtssozialisten die Bildung einer rein sozialistischen Regierung für unannehmlich halten und macht das bekannte parlamentarische Rechenexempel auf. Er setzt sich also, von uns gestützt, in Widerspruch zu Kautsky, was ihn aber nicht hindert, in einer dem Gesandnis unmittelbarer folgenden Kritik Kautsky wieder als angebliebenen Zeugen gegen uns und für seine eigene Politik aufzuweisen zu lassen. Da wir wissen, daß diese Schwindelexempel mindestens bis zu den Kommunalwahlen fortbauern werden, können wir uns die weitere Polemik ersparen.

Recht possierlich ist aber diese fortwährende Berufung auf die Autorität Kautskys immerhin. Es sind dieselben Leute, die Kautsky während des Krieges wegen seiner Haltung und ihrer unangelegenen patriotischen Gesinnung heraus nicht nur maßlos bekämpft, sondern dieselben, die ihn in gemeinsamer Weise gemohregelt haben. Erinnern sich die Herren vom „Vorwärts“ nicht mehr daran, wie sie freudig zugestimmt haben, als dem Manne, auf dessen Autorität sie sich jetzt gerne berufen möchten, die von ihm begründete, von ihm geleitete Reichsregierung unter schändem Mißbrauch juristischer Formeln gerührt worden ist, ganz nach Art schmutziger kapitalistischer Verleger oder gläubiger, die selbst durch einen ähnlichen Streich zu Medaillen des „Vorwärts“ geworden sind, daß die damaligen Taten ihrer Verleumdung vergessen sind? Verletzungen über sozialistische Grundzüge und Politik von dieser Seite haben wir denn doch einigmal Recht, uns zu verbitten.

Verhaftungen im besetzten Gebiet.

Die Franzosen haben im Besetzungsgebiet in den letzten Tagen mehrere Verhaftungen von Arbeiterführern vorgenommen, ohne die Gründe für dieses Vorgehen anzugeben. In Mainz wurde der sozialdemokratische Arbeiterkreisleiter Gröbner verhaftet; in Wiesbaden wurden von den Franzosen bei dem sozialdemokratischen Arbeiterkreisleiter Lieser, dem Redakteur und dem Parteisekretär Witte und dem Journalisten Wetzhausen Verhaftungen vorgenommen, wobei einige überaus erhebliche Drohschriften beschlagnahmt wurden. Auch in Ludwigshafen wurden mehrere Arbeiterführer verhaftet. Die dortige Arbeiterkraft hat deshalb beschlossen, am Freitag im ganzen besetzten Gebiet den Generalstreik zu erklären, wenn bis zu diesem Tage die Verhaftungen nicht wieder auf ihren Platz zurückgeführt sind. Das Wortachen der Franzosen lautet ein weiterer Willkür

zu sein. Die Verfassungsbehörde hat auch das Singen von Liedern, die einen feindseligen Charakter gegen Frankreich tragen, verboten. In dieser Hinsicht macht sie es genau so wie die Deutschen während des Krieges in Belgien und Nordfrankreich.

Das Weiterbestehen der preussischen Landesversammlung.

Der Verfassungsausschuh der Preussischen Landesversammlung trat Dienstag vormittag zusammen und betrat zunächst den Gesetzentwurf über die Vertretung der preussischen Provinzen im Reichsrat. Vor Eintritt in die Verhandlungen stellte Genosse Dr. Rosenfeld den Antrag, mit Rücksicht auf das Ergebnis der Reichstagswahlen nicht in die Beratung der Verfassung einzutreten, sondern die Auflösung der Landesversammlung herbeizuführen. Er verwies darauf, daß man auch in Sachsen daran denke, die Volkskammer aufzulösen, weil sie sich nicht mehr als Ausdruck des Volkswillens betätigen könne. Wenn die zur Schaffung einer Verfassung gewählte Preussische Landesversammlung infolge sofortiger Auflösung ihre eigentliche Aufgabe, die preussische Verfassung, nicht mehr erledige, so treffe die Verantwortung dafür die Regierung und die Regierungsparteien, weil sie den Verfassungsentwurf zu spät eingebracht hätten.

Nach Eröffnung der Diskussion über den Antrag des Genossen Rosenfeld meldete sich niemand zum Wort. Verredete Schwelger von Rechts bis zu den Rechtssozialisten. Bei der Abstimmung wurde der Antrag unseres Vertreters gegen dessen Stimme abgelehnt. Wie wenig wohl sich aber die Herren schämten, die unseren Antrag niedergestimmt hatten, ergab sich zum Schluß der Sitzung. Der Abg. Dr. Fiedberg (Dem.) erklärte nämlich, daß er nur dann für die Weiterberatung der Verfassung und gegen sofortige Neuwahlen sei, wenn die Herren von der Rechten weiter zu tagen bereit seien. Und der Abg. Heilmann (Soz.) meinte, die Neuwahlen hätten zwar eine erhebliche Verschiebung der Wähler ergeben, die Regierungsparteien hätten aber wahrscheinlich in Preußen eine erhebliche Mehrheit behalten. Man könne nicht bei jedem Umschlag der Stimmung der Wähler Neuwahlen vornehmen. Erst wenn einige Parteien Obstruktion treiben würden, wäre eine neue Situation geschaffen.

Genosse Dr. Rosenfeld: Die Demokraten lassen sich also ihre Haltung von den Deutschnationalen vorzeichnen, und auch die Rechtssozialisten waren ab, ob die Oppositionsparteien Obstruktion machen. Es müßte für demokratische Volksvertreter selbstverständlich sein, den Willen des Volkes in möglichst häufigen Wahlen zum Ausdruck kommen zu lassen. Eigentümlich ist das Schweben der beiden Parteien der Rechten. Sie fürchten offenbar selbst am meisten, ähnliche Erfolge wie bei den Reichstagswahlen bei den Landesparlamenten zu erringen. Trotz dieser Provokationen blieben die Herren von der Rechten stumm.

Bei der Beratung des Gesetzentwurfes über die Vertretung Preußens im Reichsrat wurde von mehreren Parteien geltend gemacht: Die Zahl der Vertreter Preußens im Reichsrat ist durch den Zusammenschluß der Thüringischen Staaten auf 22 gesunken. Wenn nach Artikel 65 der Reichsverfassung die Hälfte dieser Stimmen den Vertretern der einzelnen Provinzen zufällt, könnte nicht mehr jede preussische Provinz einen Vertreter erhalten, sondern es müßten mehrere Provinzen zu gemeinsamen Vertretungen zusammengelegt werden. Außerdem wurde geltend gemacht, daß die Stimmen der Provinzvertreter und die preussischen Staatsstimmen sich gegenseitig aufheben und damit Preußen jeder Vertretung im Reichsrat beraubt werden könnten. Endlich würden in den Provinzen große Unbilligkeiten unterdrückt werden, so daß die Provinzvertreter im Reichsrat nur sehr unvollkommen die wirkliche Stimmung der preussischen Bevölkerung wiedergeben würden. Unser Vertreter wies darauf hin, daß der Versuch, schon jetzt eine Änderung der Reichsverfassung herbeizuführen, wenig Aussichtsvoll sei. Der Verfassungsausschuh beschloß, die Staatsregierung aufzufordern, bei der Reichsregierung und beim Reichstag eine Verlängerung der bis zum 11. August 1920 laufenden Frist für die Verabschiedung des Gesetzes nachzusuchen und auf eine Änderung der Artikel 61, 63 und 163 der Verfassung hinzuwirken. Die Fristverlängerung wurde einstimmig, die Forderung nach einer Verfassungsänderung mit allen Stimmen gegen sechs des Zentrums und des Demokraten Dr. Preuß gefordert.

Der Mord von Bad Thal vor Gericht.

Eine studentische Lützengemeinschaft.

Der Prozeß gegen die Marburger Zeitgenossen, die während der Märzklämpfe 15 unschuldige Arbeiter aus Bad Thal verschleppt und sie bei Weichteilhaft heimlich ermordeten, ist ein würdiges Gegenstück zu den Komödien, die bisher von den Kammeradengerichten aufgeführt wurden, wenn sich Wörder aus Offizierskreisen zu verantworten hatten. Schon die Tatsache ist bemerkenswert, daß der Prozeß überhaupt vor einem Militärgericht stattfinden kann. Die Angeklagten sind Zeitgenossen, sie gehören also nicht zur Reichswehr, trotzdem will sie der Zivilgerichtsbereich zuziehen, anscheinend weil ein Militärgericht für derartige Fälle „geeigneter“ erscheint. Der Reichsjustizminister wird es tags nach äußern müssen.

Für die entflohenen Studenten klappt dieser Dreck natürlich ganz vorzüglich. Sie schämen sich, noch vor Welt der Vernehmung, in der Ehre getränkt, daß ein Westeier als Weisheit fungierte. Den Richternmännern hat dies nichts geschadet, wir haben es also bei den Marburger Herren mit einem noch vornehmeren Kaliber zu tun. Sie verlangen die Erlegung des Weisens durch einen Offizier und erweihen es auch, daß dem Wünsche stattgegeben wurde. Ein Verhängnisvoller Anfang!

Bei der Vernehmung gab der Hauptangeklagte, Student Göbel, an, daß die Gefangenen zu zweien geführt worden seien. Einer der Erschossenen, ein Mann namens Paraskuch, sei ihm besonders gefährlich erschienen, er sei deshalb von 8 Begleitern umgeben geführt worden. Trotzdem hat er einen Mißversuch gemacht und sei dabei erschossen worden. Er verzweifelte dann zu zwei weiteren Gefangenen zu fliehen, darauf sollen zwei weitere Gefangene zu fliehen versucht haben; auch sie wurden erschossen. Der Jung kam da in nach Weichteilhaft, hier stießen wieder zwei und auch sie erreichte die tödliche Kugel. Dann rief er plötzlich wie auf Kommando alle anderen Gefangenen aus. Endresultat: sie wurden erschossen, die Leiche, welche an Ort und Stelle liegen und die Herren Studenten eilen weiter, um den Anschlag zu 303 Schüssen nicht zu verfehlen.

So die Aussage des Hauptangeklagten, wie natürlich die anderen Mitangeklagten beipflichten, da die ganze Gesellschaft nach der Mordele ein verästeltes, sondern auf freiem Fuß gelassen wurde und somit die beste Gelegenheit hatte, eine studentische Lützengemeinschaft zu bilden, die nun vor Gericht mit ausweislich geltenden Anklagen hervortreten und die Verbrechen mit einem Maß von Lug und Trug verdecken kann.

Über sie werden mit ihren Vätern doch höchstens das Gericht überdauern können, niemals aber die Desfraktion. Denn es steht fest, daß die Ermordeten alle tödliche Kopfschüsse hatten und daß diese Schüsse teilweise sogar von vorn abgegeben worden sind. Da am Mordeorte außer dem blutigen Weichteilhaft, wird es außerhalb der Kammeradengerichtsbank der studentischen Mörder wohl kaum einen Menschen geben, der der Lüge glauben könnte, daß die Axtelben alle mit „weiß glänzenden“ in den Kopf oder ins Herz gestossen wurden.

Western vormittag fand an der Nordseite ein Sozialtermin statt. Auch hierbei bewährte sich die Lützengemeinschaft wieder vortrefflich. „Heberelei in Mainz“ (die Heberleinmannung) ist bei Weichteilhaft, die sich auf freiem Fuß befinden, tödlich — überstimmen sie stellen also die Angeklagten fest, daß sie die Gefangenen auf der Flucht erschossen haben.

Heute begannen in Marburg die Zeugenvernehmungen. Es sind etwa 40 Personen geladen. Der Zuschauerumzug des Gerichts ist fast ausschließlich mit Corpsstudenten besetzt.

Kolloverammlung der Betriebsräte des Wirtschaftsbezirks Halle-Leipzig.

Die von mehr als 800 Delegierten aus allen Revieren des Wirtschaftsbezirks Halle—Leipzig, sowie von Götzen aus Gumburg, Dresden, Thüringen und Sächsischland zusammengeführte Kolloverammlung der Betriebsräte des mitteldeutschen Bezirks brachte nach Referaten der Genossen Däumig, Koenen und Malzahn zum Ausdruck, daß die Verfassung nach den 108 Paragraphen des Betriebsrätegesetzes, sondern im revolutionär-sozialistischen Sinne zu verwirklichen. Sie bestimmten sich zum Programm der unabhängigen Sozialdemokratie, die alle Bestrebungen unterstützt, die Arbeiterorganisation schon vor der Eroberung der politischen Macht als proletarische Kampforganisation für den Sozialismus auszubauen und in ihr alle Hand- und Kopfarbeiter zusammenzuführen und sie zu Schulen für die Diktatur des Proletariats. Die Richtlinien des Gewerkschaftsbundes wurden abgelehnt, vielmehr verpflichtete sich die Konferenz, den schärfsten Kampf gegen die Politik der Arbeitgemeinschaft zu führen. Die Kolloverammlung nahm einstimmig eine Entschliessung an, wonach die Erfassung aller Betriebsräte des Bezirks sofort und energisch in die Hand zu nehmen, die Arbeiterorganisation nach den Grundzügen des Berliner Entwurfs auszubauen und in enger Gemeinschaft mit den Gewerkschaften, die sich zum revolutionären Klassenkampf belennen, zu arbeiten ist. Die proletarische Reichsregierung, die als solche anerkannt wurde, soll so schnell wie möglich einen Reichskongress der Betriebsräte zusammenberufen.

Der Tarifvertrag im Ruhrbergbau.

Wie die R. V. N. aus dem Ruhrgebiet erfahren, gilt der neubeschlossene Tarifvertrag nur für den Monat Juni; er ist zwischen Unternehmern und Arbeitern mit Hilfe der Reichsregierung geschlossen worden. In der nächsten Woche werden von denselben Instanzen neue Verhandlungen für die Zeit ab 1. Juli vorgenommen werden. Kohlenpreiserhöhungen kommen aus Anlaß des Abschlusses des Tarifvertrages im Ruhrbergbau vorerst nicht in Frage. Das Paten der Arbeiter sichten (es wird Montag, Dienstag, Donnerstag und Freitag eine halbe Schicht extra gefahren) vollzieht sich vollständig reibungslos.

Der Länderhacker.

Vollstreckungsangst im Hintergrund.

Der „Manchester Guardian“ veröffentlicht folgende Meldung aus Budapest: Während man in Neuilly über den Friedensvertrag mit Ungarn verhandelte, bemühten sich die französische Diplomatie und die spanische Finanz, vertreten durch Loucheur und Polacoque, ein ganz anderes Abkommen abzuschließen. Der wichtige Punkt in den Unterhandlungen drehte sich um die Abtretung der ungarischen Staatsbahnen an ein französisches Syndikat. Tagorens bertrieb Frankreich, sich dafür zu verwenden, daß die Tschechoslowakei sich mit einverstanden erklärt, Polen und Ungarn eine gemeinsame Grenze zu lassen und sich dafür einzusetzen, daß Ungarn der reiche Geländestreifen zurückzugeben wird, der sich der Drau und der Donau entlangstreckt, sowie der Restteil des Banates und Temeswar. Im allgemeinen wird die diplomatische Unterhandlung, welche Frankreich Ungarn leihen wird, darauf abzielen, einen polnisch-ungarisch-rumänischen Pakt gegen den Volksevidenz zu erstellen und die Grenzregionen, welche, wie es scheint, die Italiener an der Donau vorhaben, zu bereinigen.

Der russische Heeresbericht vom 14. Juni.

DA, Westau, 14. Juni.

Der russische Frontbericht vom 14. Juni lautet wie folgt: Westlich der Stadt Dina haben unsere Abteilungen eine Reihe von feindseligen Stellungen besetzt. In der Westfront wurden die Angriffe des Feindes zum Stehen gebracht. Südlich von Kiew am rechten Dnjestr-Ufer bedrängen wir die Polen von Norden und von Süden her und haben ihre Nachhut vernichtet. Die Verfolgung der polnischen Truppen in der Ukraine ist in vollem Gange.

Die Obstruktion in Braunschweig. In der Landesversammlung hat auch gestern die Wahl einer neuen Landesregierung wegen Beschäftigungsfähigkeit des Hauses auf morgen vertagt werden müssen.

Vorläufiges Ergebnis der meissenburgisch-schwerinschen Landtagswahlen vom 13. Juni: Rechtssozialisten 128 478, Unabhängige 24 567, Kommunisten 1168, Deutschnationale Volkspartei 71 840, Deutsche Volkspartei 48 717, Mittelstandspartei 24 188, Demokraten 22 202. Die Sitze verteilten sich wie folgt: Deutschnationale 14, Deutsche Volkspartei 10, Mittelstandspartei 5, Demokraten 4, Rechtssozialisten 28, Unabhängige 6, Kommunisten keinen.

Die Landtagswahl in der Pfalz. Nach endgültiger Feststellung des Landtagswählergebnisses in der Pfalz wurden insgesamt 866 857 Stimmen abgegeben. Es erhielten Rechtssozialisten 80 808 Stimmen (4 Sitze), Bayerische Volkspartei 63 203 Stimmen (4 Sitze), Demokraten 22 001 (1 Sitz), Deutsche Volkspartei 104 450 (6 Sitze), U. S. V. D. 38 819 (1 Sitz), Kommunisten 3723 (keinen Sitz).

Abschluss des belgisch-französischen Militärabkommens. Zwischen dem Marschall Foch und dem Chef des belgischen Generalstabes, General Haglind, haben Verhandlungen stattgefunden mit dem Ergebnis, daß zwischen Frankreich und Belgien ein militärisches Bündnis abgeschlossen wird. Belgien verpflichtet sich, ein bedeutend stärkeres Heer als vor dem Krieg zu unterhalten und seine Festungen zu verstärken. Das Bündnis ist auf die Dauer von 15 Jahren abgeschlossen und wird denselben Charakter haben.

Der Schluß der Kriegsteilnehmer gegen Zwangsverpflichtung. Den „R. V. N.“ wird berichtet: Der Reichstag der Kriegsteilnehmer hat in einer Eingabe an den Reichsminister der Justiz um Verlängerung der Geltungsdauer der Verordnung zum Schutze der Kriegsteilnehmer gegen Zwangsverpflichtung ersucht. Die Geltungsdauer läuft am 30. Juni ab, nachdem sie schon einmal verlängert worden ist. Dem Gesuchen um Verlängerung ist dadurch Rechnung getragen worden, daß die Verordnung bis zum 1. Januar 1921 in Geltung bleibt.

Die neue Schiedsgerichtsbarkeit. Der Präsident der Friedenskonferenz hat dem Vorkommenden der Deutschen Friedensdelegation die offizielle Ratifikation der neuen Schiedsgerichtsbarkeit überreicht und mitteilt, daß die Militärräte des nördlichen der Grenze gelegene Gebiet Dänemark ausweisen würden.

Wenig an die Gemeindevahlen!

Der 20. Juni

Die Entscheidung bringen, ob die neue Einheitsgemeinde ein Schlüsselpunkt für die besitzenden Klassen sein oder eine

sozialistische Mehrheit

haben wird.

Arbeiter, Angestellte, Handel Jeder muß sein Wahlrecht ausüben und auch seine Angehörigen und Freunde dazu veranlassen. Mit dem Aufgebot der letzten Kraft führen die bürgerlichen Parteien den Kampf, um für ihre Selbstinteressen noch zu retten, was zu retten ist. Aber allzu lange waren die Gewerkschaften, insbesondere die der westlichen Vororte Berlin, Jüngerburgens des Kapitalismus. Jetzt hat die Stunde, sie zu schleifen, geschlagen.

Näher die Stunde!

Aber damit die Einheitsgemeinde das wird, was wir hoffen, eine Preisstätte des Sozialismus, dazu ist notwendig, daß energische und unerschrockene Arbeiter am sozialistischen Werte in ihre Vertretungen gesandt werden. Deshalb muß am 20. Juni überall gesorgt werden für die Wahl von

Unabhängigen Sozialdemokraten.

Mieterinteressen und Wohnungsverband.

Der Wohnungsverband Groß-Berlin hat in seiner Vollversammlung am 2. d. M. einen Antrag zur Höchstmietenanordnung vom 14. April 1920 beschlossen, durch den die erhöhten öffentlichen Mieten auf den Mieter abgewandt werden können. Hinter diesem Beschluß verbirgt sich die Absicht der organisierten Hausbesitzer, wieder einmal mit Hilfe des Wohnungsverbandes Groß-Berlin einen Vorstoß gegen den Wohlfühl der Mieterschaft zu machen. Hierbei haben die Hausbesitzer in dem Wohnungsverband einen willigen Diener. Bereits als ihm das erste Mal die Aufgabe gestellt war, die Höchstmietenanordnung zu bestimmen, schied er nicht davor zurück, unter wissenschaftlicher und offenkundiger Gesetzmäßigkeit einen Beschluß zu erlassen, der mit der ihm gestellten Aufgabe unvereinbar war. Auch nachdem die Regierung Einspruch erhoben hatte, widerholte der Wohnungsverband diesen ungesetzlichen Beschluß. Erst die Entscheidung des Bezirksausschusses zwang den widerspenstigen Wohnungsverband Beschlüsse, die dem Gesetz entsprechen, zurückzugeben.

Dieses Verhalten des Wohnungsverbandes ist nicht weiter verwunderlich. Denn er ist das reine Hausbesitzer-Parlament. Der Wohnungsverband ist noch keine Demokratische Partei in der Welt, in der die Hausbesitzer in den Gemeinden unbeschränkt herrschen. In ihm sind allein etwa 25 Proz. Arbeiter, 50 Proz. sind Hausbesitzer, so daß von vornherein feststeht, daß jeder Beschluß des Wohnungsverbandes nur den Interessen der Hausbesitzer entspricht.

Diese Tendenz konnte man am unerbittlichsten in der Art und Weise beobachten, in der der Wohnungsverband es sich anmaßte, den Beschluß des Bezirksausschusses, der laut gesetzlicher Bestimmung endgültig ist, bekannt zu machen. Er mochte in diese Fassung eine neue Bestätigung hinein, nämlich die Bestimmung, daß die festgesetzten Zuschüsse mit dem 30. September 1920 ihre Geltendmachung verlieren. Da aber der Bezirksausschluß, der allein zu dieser Bestimmung berechtigt war, dieselbe nicht getroffen hatte, war und blieb diese ungesetzlich.

Alle Versuche der Mieterschaft, zu ihrem Recht zu kommen, waren vergeblich. Selbst die Vorstehenden der M.G.A., die doch den Sachverhalt genau gekannt haben müßten, stellten sich fast durchweg auf den Standpunkt, daß die Höchstmietenanträge nur bis zum 1. Oktober d. J. Geltung hätten. Dadurch haben Einigungsamt und Wohnungsverband die Höchstmietenanträge eines Teils ihres Inhalts beraubt. Erst durch eine neue Verordnung des Oberpräsidenten vom 5. Juni, die nichtig wurde, weil der Wohnungsverband eine Abänderung seiner Beschlüsse trotzig ablehnte, wurde erreicht, daß die Verordnung des Wohnungsverbandes, soweit sie die Geltung der Anordnung auf die Zeit bis zum 30. September beschränkt, ungesetzlich und daher unwirksam sei.

Es ist aber ein ganz unerhörtes Vergehen, daß der Oberpräsident auch in diesem Fall erst gezwungen war, gegen eine ihm unterstellte Behörde vorzugehen, weil sie ganz offensichtlich die gesetzlichen Bestimmungen mißachtete. Der Wohnungsverband fühlt sich eben nicht wie eine Behörde, sondern wie eine Hausbesitzer-Gesellschaft ohne Verantwortung.

Weder dieses Verhalten müssen die Mieter am 20. Juni die Cautions ausstellen. Von der Zusammenkunft der Gewerkschaften der Stadtverordnetenversammlung hängt die Zusammenfassung des Wohnungsverbandes und damit auch die Organisation des Mieterinteresses und des Wohnungswesens ab. Die bürgerlichen Parteien sind mehr oder weniger Hausbesitzer-Vertreterungen. Die Mieter müssen deshalb für eine starke sozialistische Mehrheit der Stadtverordnetenversammlung sorgen. Das können sie am besten, wenn sie am 20. Juni die Kandidaten der Unabhängigen Sozialdemokratie wählen.

Behebung des neuerlichen Mindesteinkommens?

Die verflorenen Nationalversammlung hat auch ein sogenanntes Landessteuergesetz beschlossen, welches große Gefahren für die erwerbstätige Bevölkerung in sich birgt. Das Landessteuergesetz räumt nämlich den Gemeinden das Recht ein, das durch das Einkommensteuergesetz neuerlich gestrichelte sogenannte Mindesteinkommen nun ihrerseits noch zur Besteuerung heranzuziehen und dadurch die einschlägigen Paragraphen des Einkommensteuergesetzes einfach außer Kraft zu setzen.

Das ist ab, was die Frage gerade jetzt besonders aktuell macht, und es ist allein schon aus dem Grunde dringend geboten, jetzt, wo uns nur noch wenige Tage von der Wahl zu der neuen Stadtgemeinde Berlin trennen, diese Frage scharf zu beleuchten. Den Wählern, die am 20. Juni zur Wahlurne schreiten, darf es nicht gleichgültig sein, welche Zusammensetzung die Stadtverordneten-Versammlung aufweist. Eine reaktionäre Mehrheit bliebe nur allzu leicht genügt sein, das Landessteuergesetz in einem für die Arbeiterklasse äußerst ungünstigen Sinne zu verfahren und hat es das Recht, die

gesetzlich zu beugen, um die Bestimmungen über die Freilassung des Einkommens bis zu 1500 Mk. einfach außer Kraft zu setzen.

Bleibt schon die hohe Existenz eines ständigen Preisaufschlags auf scharfe Debatten mit den bürgerlichen Parteien in dem künftigen Stadtparlament schließen, so wird die Gefahr geradezu akut, wenn durch Laubheit oder politische Wechselseitigkeit seitens der Wahlberechtigten dieser Möglichkeit noch Vorbehalt gelassen wird. Die steuerliche Grenze ist in der Fassung von 1913 und Einkommensteuergesetz wirklich so niedrig gesetzt, daß man getrost von einer Besteuerung des Durchschnitts sprechen darf, wenn man sich vergegenwärtigt, daß der Lohn erorbitant hohen Preisen für alle Lebensmittel und Bedarfsartikel sein Mensch in der Lage ist, sich mit einem Jahreseinkommen von 1500 bis 1600 Mk. zu ernähren und zu kleiden.

Deshalb müssen alle Arbeiter, Angestellten und Beamten am 20. Juni für die Kandidaten der Unabhängigen Sozialdemokratie eintreten.

Deutlich Kommunalwähler-Versammlungen.

finden heute, Donnerstag, abends 7 Uhr, in folgenden Lokalen statt:

- Häutner, Schöner Straße 24.
- Graumann, Behlstraße, Rausnstr. 27.
- Schulau, Kleinf. 2.
- Schulau, Albrechtstr. 27.
- Schulau, Mühlstr. 10.
- Preißler, Friedrichstr. 88a.
- Wiedersheim, Eberhardstr. Referent: Gen. Dr. Giffert.
- Thema: Sozialisierung und Kommunalisierung.
- Kommunalsitz, Memeler Str. 67.
- Viertelstraße: Schöner, Hindenburgdamm 104.
- Reichsstr. 74 Uhr, Aula, Köpenickerdamm.
- Neuland: bei Rasthof, Eberh. 8.
- Turnhalle der Gemeindefabrik, Köpenicker (8 Uhr).
- Überall: Marxstr. 15.
- Griff's Feinst., Hermannstr. 163.
- Karlsgarten, Karlsgartenstraße.
- Kula des Realgymnasiums, Bobbinstraße (für Angestellte und häusliche Arbeiter).
- Preßler: Am Wirtschaftshof, Gröb., Ecke Eichenstraße.
- Sammelschuleweg: Baumhuldenstraße, Platz vor der Kirche.
- Größe öffentliche Demonstration, Sportplatz, Gehlerstraße.

Gemeinden und Zwangseinquartierung.

Die Vereinigung deutscher Wohnungswärter hielt vor einigen Tagen eine Versammlung ab, in der Richtlinien für die Zwangseinquartierung angenommen wurden, in denen es heißt:

Die Zwangseinquartierung allein kann zur Behebung der Wohnungsnot nicht ausreichen, auf ihre Durchführung kann aber trotz der erheblichen mit ihr verbundenen Mißstände (Senken des Wohnungsstandards) nicht verzichtet werden. Sie hat sich grundsätzlich auf alle Wohnklassen von Wohnungen zu erstrecken. Zur Vermeidung von Härten muß die Zwangseinquartierung unbedingt unter weitgehendster Berücksichtigung der besonderen Verhältnisse des Einzelfalles ohne jeden Schematismus durchgeführt werden. Bei Festsetzung der Miethöhe soll die wirtschaftliche Leistungsfähigkeit des Eingewiesenen weitgehend berücksichtigt werden. Der objektive Mietwert der Räume kann allein nicht ausschlaggebend sein. Von den Inhabern großer Wohnungen muß gefordert werden, daß sie entsprechend dem öffentlich-rechtlichen Charakter der Zwangseinquartierung ihrerseits bereit sind, die nötigen Unannehmlichkeiten auf sich zu nehmen.

Viel dürfte durch diese Richtlinien an dem Wohnungswesen nicht geändert werden. Nicht nur, weil die Zwangseinquartierung allein dazu nicht imstande ist, sondern auch, weil sie bisher überall viel zu zaghaft und mit übergroßer Rücksicht auf die Interessen der Besitzenden angewendet worden ist. Noch heute haben Hunderte von Reichen mehrere Wohnungen oder Duplexe von Mäusen, während Tausende von minderbemittelten Familien in größtem Elend hausen.

Die Sozialisierung des Wohnungswesens allein ist der rettende Ausweg aus dem Wohnungswesen.

Kommunisten und Stadtverordnetenwahlen.

Die Kommunisten wollten sich auch an der bevorstehenden Stadtverordnetenwahl beteiligen. Diese Wähler können sie aber nicht ausführen. Sie begründen das damit, ihre Organisation sei nicht ausgebaut, dazu kämen auch andere Schwierigkeiten. Es sei schwer, die notwendigen 100 Unterschriften zu den Wahlvorschlägen zu bekommen, obwohl sie in Berlin 15 000 Stimmen gemuldet hätten. Auch sei es bedenklich, die Namen der Unterschriften der Wahlvorschläge preisgeben im Hinblick auf etwaige Verfolgungen. Als ob dieser Einwand nicht auch für die Kandidaten zulässig wäre.

Nein! Wahrheit ist, daß der Wahlleiter der kommunistischen Partei in Berlin den Termin für die Einreichung der Wahlvorschläge verfrüht hat, wie die „Motte Fabne“ mitteilt, bedroht, weil er der Meinung gewesen sein will, die Stadtverordnetenwahlen würden unabhängig von den Wahlen zu den Stadtverordnetenversammlungen stattfinden. Dieser Meinung konnte aber niemand sein, der sich die Wahlordnung durchgesehen hat. Alle anderen Parteien haben den festgesetzten Termin eingehalten. Bei Unklarheiten hätte auch eine Anfrage an das städtische Wahlbüro genügt, um eine klare Auskunft zu erhalten. Aber so ist es! Wenn es an die praktische Arbeit geht, ist es etwas anderes, als nur den Mund auszureißen.

Beamtengehälter und Arbeiterlöhne.

Bei der letzten Reform der Bezüge der städtischen Hilfsangehörigen sollten die Magistrats die Anerkennung des vom Schlichtungsausschuß gefällten Schiedspruches ab und schlugen dafür durchschneidend bei den männlichen Hilfskräften um fast 20 Prozent niedrigere Löhne vor, bei den weiblichen um fast 20 Prozent niedrigere. Wer aber annehmen würde, daß es geschehen aus Sorge um die schlechten städtischen Finanzen, wird erkaunt sein zu erfahren, daß diese Sparmaßnahme nicht in Anwendung kommen sollte, insbesondere bei den höheren Beamten der Magistrats.

So sollte der Preiswert in den westlichen Vororten für 2000 Magistratsmitglieder an Stelle eines Anfangsgehalts von 20 000 Mk. ein solches von 30 000 Mk. ziehen, während das Ende Gehalt von 28 400 Mk. auf 45 000 Mk. steigen sollte. Noch höher waren natürlich die Gehälter der Bürgermeister und Oberbürgermeister festgesetzt, die an Stelle von etwa 30 000 Mk. bzw. 40 000 Mk. jetzt 60 000 bzw. 75 000 Mk. erhalten sollten. Einsteifen ist die Verwirklichung dieser Absichten an dem Widerstand insbesondere der Unabhängigen Sozialdemokraten gescheitert, doch wird erst der Ausfall der Wahlen am 20. Juni die endgültige Entscheidung bestimmen.

Im übrigen ist diese Fürsorge für die Magistratsmitglieder im eigentlichen Sinne ein erheblicher Teil von ihnen durch die Neuordnung der Gemeindeverhältnisse von Berlin wahrheitsgemäß in Pension gehen wird, so daß sie zwar die hohen Gehälter, die Gemeinden aber nicht die entsprechenden Leistungen leisten werden.

Rad!

Die „Motte Fabne“ druckt heute die Entwürfe des Rad gegen die „Freiheit“ ab, und hat die Freiheit, dem Hinzugehörigen „Hat der Chefredakteur der „Freiheit“ sich wirklich so verhalten, wie Rad es hier mitteilt, so ist keine Kritik zu schärfen gegen ihn.

Aber ganz abgesehen von dem Fall Hilderberg bleibt unser Urteil über die Führung der R. V. D. bestehen. Durch ihr Verhalten am geraden Wege des revolutionären Marxismus ist sie zu einer Organisation geworden, die dem Treiben aller Bodspiegel den günstigsten Nährboden abgibt.

Das nötigt uns doch noch zu einigen Bemerkungen. Uns wurden von Anspach sechs drei Dokumente zur Veröffentlichung übergeben. Er erwähnte natürlich mit keinem Worte, daß es irgendeine Kenntnis hätte von einer „Sammlung von Dokumenten“, noch weniger, daß es sich um gefälschte Dokumente handeln könnte oder gar, daß er irgendwelche Dokumente der R. V. D. zur Verfügung gestellt hätte, weil er sie für eine Fälschung hielt. Wir hatten weder davon eine Ahnung noch überhaupt, daß Anspach, der Mitglied unserer Partei und seit einiger Zeit unser ständiger Mitarbeiter ist, irgendwelche Beziehungen zur R. V. D. unterhielt. Anspach sprach sich vielmehr recht zurückhaltend über die Herkunft der Dokumente aus und erklärte nur einem unserer Redakteure, streng vertraulich, daß sie von einem Offizier her kämen, daß die Originaldokumente nur für wenige Stunden uns zur Verfügung stünden. Wir ließen sie deshalb photographieren und gaben sie zurück. Man wird angeben, daß wir keinen Grund hatten an der Echtheit zu zweifeln. Irrendweldche Fälschung für die Dokumente wurde weder verlangt noch geleistet.

Wir unterzogen die Dokumente einer genauen Prüfung. Nichts deutete darauf hin, daß sie gefälscht seien. Anspach selbst kam gelegentlich zu einem Gespräch über die Dokumente hinzu und meinte, wir sollten jedenfalls genau nachprüfen. Er hat es und irgendeine Mitteilung gemacht, daß er selbst die Dokumente für falsch halte oder gar bestimmt eine solche Behauptung aufgestellt. Ebensovienig sollte er uns mit, daß er selbst irgendwelche Schritte gemacht hätte, um durch einen „Anspach eines Nachrichtenbüros“ die Echtheit nachprüfen zu lassen, oder gar irgendwelche Resultate dieser Schritte. Es stimmt auch garnicht, daß die uns zugegangenen Dokumente dieselbe Schreibmaschinenchrift aufwiesen. Eine schon geplante Veröffentlichung unterließ vorerst auf Veranlassung des Genossen Hilderberg, aber nicht aus Zweifel an der Echtheit, sondern weil er vor der Veröffentlichung noch einen anderen außerhalb der Redaktion stehenden Genossen befragen wollte.

Wir bezweifelten die Echtheit umso weniger, als wir Kenntnis davon hatten, daß die Kappisten sich sehr um Verhandlungen mit revolutionären Arbeitern bemüht haben. Wir erinnern nur an ihre Verhandlungen mit Herrn Bauer und anderen, sowie an die gescheiterten Versuche verschiedener Offiziere mit unserem Genossen W. G. in Verhandlungen zu treten. Insbesondere ließ uns auch das Abfingern auf dem Wogen des Auswärtigen Amtes an der Echtheit des Dokumentes nicht zweifeln.

Nun aber zum dritten Dokument. Es betraf ein Mitglied der R. V. D., das selber zur R. V. D. gehörte hat. Wenn es uns, wie Herr Rad behauptet, um politische Ausgestaltung zu tun gewesen wäre, hätten wir sicher am ehesten dieses Dokument veröffentlicht, das das Mitglied einer Partei betraf, die in persönlicher gehässiger Weise den Wahlkampf gegen uns führte. Da es uns aber nur darum geht, die Arbeiterschaft vor der grassierenden Grube des Radspiegelums zu bewahren und da wir annehmen, daß die Zeitung der R. V. D. gleichfalls dieses Bestreben hat, konnten wir in diesem Falle anders vorgehen. Gerade auf Veranlassung des Genossen Hilderberg wurde gelegentlich durch ein Mitglied der R. V. D. der Zentrale der R. V. D. mitgeteilt, daß ein solches Dokument in unserem Besitz sei, und auf Ersuchen der Zentrale wurde ihr dasselbe wie auch die beiden anderen zur Verfügung gestellt, mit der Bitte, uns von dem Resultat der Untersuchung möglichst bald Mitteilung zu machen. Die Zentrale ließ uns danken und uns durch die betreffende Genossin, ein langjähriges Mitglied ihrer Partei, noch sagen, daß sie das größte Interesse an der Veröffentlichung der beiden anderen Dokumente hätte. Sie hätte ihrerseits Material und sei überzeugt, daß solche Verhandlungen stattgefunden hätten.

Nach eingehendster Prüfung der Dokumente selbst, nach Rücksprache mit anderen Genossen, nach der Aufforderung der kommunistischen Zentrale erzielte also erst die Veröffentlichung. Und da wagt es die „Motte Fabne“, die diese Dinge wohl kennen muß, von einem „Fall Hilderberg“ zu reden! Wenn Herr Rad auf Grund halboffener Tatsachen in der beneidlichen Erregung des Angegriffenen sich zu Verleumdungen hinreißen läßt, mag das hingehen. Der Redaktion der „Motte Fabne“ aber muß gesagt werden, daß ihre Kampfesweise in gemein verächtlich ist und nur ein persönlich schmieriges Subjekt sich so benehmen kann.

Im übrigen wollen wir noch hinzufügen, daß, wenn Anspach wirklich die Gewissheit gehabt hat, daß die Dokumente gefälscht seien, er in unehrenhafter Weise uns terrifiziert hat. Uns selbst fällt es noch heute schwer, an eine Fälschung zu glauben, deren Sinn nicht recht zu erkennen wäre. An und wurden, wie gesagt, Selbstforderungen irgendwelcher Art nicht gestellt. Was sollte sonst aber die Fälschung für Zweck haben? Daß in die Reihen der R. V. D. sich auch Spindel einmischen haben, ist sozusagen geschichtsbekannt. Einen umfangreichen Fälscherapparat in Bewegung zu setzen, um ein eingetragenes Mitglied zu verdrängen, ist eben so unpraktisch wie unwahrscheinlich. Immerhin wäre es nicht unbedenklich. Herr Rad nennt einen gewissen Müller, der sich den Namen von Bohrer beigelegt als Übermittler oder Urheber der gefälschten Dokumente, das nach hätte die Polizei alle Veranlassung, sich mit diesem Herrn etwas näher zu beschäftigen.

Die U. S. P. und die 3. Internationale.

III.

Wir veröffentlichen in unserem letzten Artikel den Katalog der Sünden, die unsere Partei nach Ansicht Sinowjews begangen hat. Wir teilen diese Sünden mit den Longuetisten in Frankreich, der Unabhängigen Arbeiterpartei in England usw., d. h. mit allen jenen Parteien, die gemeinsam mit uns an dem Aufbau einer aktionsfähigen sozialrevolutionären Internationale mitwirken wollen. Nach der Ansicht Sinowjews schwanken wir alle zwischen dem „offenen Sozialverrat vom Typus Roske“ und der „Linie des revolutionären Proletariats, d. h. des Kommunismus“. Sinowjew will uns vom „Sozialverrat“ befreien und auf den richtigen Weg führen. Sehen wir uns seine Lehren an. Sinowjew belehrt uns, es heiße in Wirklichkeit, den Gesichtspunkt der Diktatur des Proletariats zu verlassen und tatsächlich auf den Standpunkt der bürgerlichen Demokratie überzugehen, wenn man verlange, daß die Avantgarde des Proletariats sich erst die Mehrheit des Volkes durch Wahlen für die bürgerlichen Parlamente erwerben müsse. Es ist klarerhaft, woher Sinowjew die Weisheit geschöpft hat, daß der von ihm gekennzeichnete Standpunkt der Standpunkt der U. S. P. sei. In unserem 2-jährigen Aktionsprogramm heißt es:

Die Diktatur des Proletariats ist ein revolutionäres Mittel zur Befreiung aller Massen und Aufhebung jeder Klassenherrschaft, zur Erringung der sozialistischen Demokratie. Mit der Sicherung der sozialistischen Gesellschaft hört die Diktatur des Proletariats auf und die sozialistische Demokratie kommt zur vollen Entfaltung.

Aus dieser Formulierung des Begriffs geht hervor, daß unsere Partei die Diktatur als notwendig erachtet in der Uebergangszeit von der kapitalistischen zur sozialistischen Gesellschaft. Wie und unter welchen Umständen es zur Diktatur des Proletariats kommt, ist keine theoretische Doktorfrage, sondern eine Frage des politischen Machtkampfes, eine Frage des realen Kräfteverhältnisses der kämpfenden Klassen. Mit der ständigen Wiederholung des Wortes Diktatur löst man auch nicht das kleinste politische Problem. Es kommt vielmehr darauf an, die politische und wirtschaftliche Kraft des Proletariats so zu steigern, daß es die politische Macht, bei einer günstigen Situation, nicht nur erobert, sondern auch fest in der Hand behalten kann. Zu diesem Zweck bedient sich die U. S. P., wie es in dem Aktionsprogramm weiter heißt, „planmäßig und systematisch gemeinsam mit den revolutionären Gewerkschaften und der proletarischen Kaderorganisation aller politischen, parlamentarischen und wirtschaftlichen Kampfmittel“. Es versteht sich von selbst, daß eine proletarische Diktatur in Deutschland, wie in allen westeuropäischen Ländern, nur Erfolg haben kann, wenn sie keine Minderheitsdiktatur ist, sondern die großen Massen des Proletariats, d. h. der wirklichen Mehrheit des Volkes, hinter sich hat. Diesen Grundgedanken erkennt sogar das Programm des Spartakusbundes an, und es ist deshalb mehr als eigenartig, wenn nun an Stelle einer durch die komplizierten Klassenverhältnisse Westeuropas bedingten tiefen Auffassung des Diktaturproblems die flache Phrasologie Sinowjews als der Weisheit letzter Schluß uns zur Richtschnur gemacht wird.

Ebenso wie mit dieser Frage verhält es sich mit der Frage der Anwendung der Gewalt in der proletarischen Revolution. In unserem Aktionsprogramm heißt es über diesen Punkt:

Die Unabhängige Sozialdemokratische Partei vertritt gewalttätiges Vorgehen einzelner Gruppen und Personen. Ihr Ziel ist nicht die Vernichtung von Produktionsinstrumenten, sondern die Befreiung des kapitalistischen Systems.

Demgegenüber erklärt Sinowjew, die Diktatur des Proletariats bedeute „die Erkenntnis der Notwendigkeit, den Widerstand der Ausbeuter mit Gewalt zu brechen“. Der Verzicht auf die Anwendung von Gewalt, auf den Terror

bedeute, sich in einen weinerlichen Kleinbürger zu verwandeln und das revolutionäre Bewußtsein der Arbeiter zu demoralisieren. Auch hier haben wir an Stelle einer marxistischen Auffassung des Gewaltproblems, die bisher in der russischen wie in der internationalen Sozialdemokratie allgemeine Geltung hatte, eine aus den speziellen Verhältnissen der bolschewistischen Diktatur sich ergebende Ueberschätzung und fast eine Heiligensprechung der Gewalt, des Terrors als des vornehmsten Mittels der proletarischen Revolution. Dagegen ist zu sagen, daß die Gewalt zwar „die Geburtshelferin jeder alten Gesellschaft ist, die mit einer neuen schwanger geht“. Aber die Gewalt kann die neue Gesellschaft nicht zutage fördern, ehe sie nicht im Schoo der alten gereift ist. Sie kann es um so weniger, je unangenehm die Klassenverhältnisse in einem Lande sind, je stärker die Geschlossenheit und das Klassenbewußtsein der Bourgeoisie und der Bauernschaft, je komplizierter das wirtschaftliche Leben, das durch die Anwendung der Gewalt unter Umständen zur Katastrophe getrieben werden kann. Die bloße Gewalt, d. h. die Voraussetzungen des siegreichen proletarischen Kampfes und des sozialistischen Aufbaues nicht schaffen. Deshalb verzichtet unsere Partei auf die Propagierung des Gewaltprinzips, des Terrors, die nur die geistige Verwilderung durch den Krieg und die militärische Denkweise verewigen könnte. Es kann allerdings auch für die Partei des revolutionären Proletariats eine Situation eintreten, wo sie zur Anwendung der Gewalt greifen müßte. Dies würde aber nur geschehen, wenn es sich um die Abwehr drohender konterrevolutionärer Gefahren, um die Zurückschaltung eines Attentats der Reaktion gegen die Arbeiterklasse handeln würde.

Die Uebertragung speziell russischer Verhältnisse auf Deutschland und die anderen westeuropäischen Länder, die schon aus den beiden behandelten Punkten des Briefes Sinowjews hervorgeht, zeigt sich besonders deutlich bei der Behandlung der Militärfrage. Sinowjew erklärt, die U. S. P. und die französischen Longuetisten wendeten sich „benedictisch parasitisch (oder feige) ab von der Bildung einer Roten Garde, einer Roten Armee der Proletarier, die fähig wäre, den Widerstand der Ausbeuter zu unterdrücken“. Man fragt sich erkant, wie derartige Zeug in einem programmatischen Schreiben des Exekutivkomitees der Kommunistischen Internationale Raum finden kann. Die Bildung einer Roten Armee ist in Russland möglich geworden, erst nachdem die politische Macht vom Proletariat erobert und die Diktatur der Arbeiter und Bauern eingerichtet worden ist. Die Bildung einer Arbeiterwehr — unsere österreichischen Genossen konnten sie verwirklichen — haben unsere Volksbeauftragten mit allem Nachdruck gefordert, sie scheiterten an dem Widerstand der Reichssozialisten. Als es nicht gelang, die militärischen Arbeiterforderungen durchzusetzen, als namentlich auch die Rechte der Soldatenrüde beschnitten wurden, wichen unsere Genossen aus der Regierung aus. Eine Arbeiterarmee kann in den westlichen Ländern nur dann geschaffen werden, wenn das Proletariat die politische Macht erobert hat oder wenn es sich im Stadium des offenen Machtkampfes befindet. Alle Versuche, sie vorher ins Leben zu rufen, sind entweder Spielerei oder ein Provokationsmittel der militärischen Kamarilla, der es nach einem neuen Aderlaß der revolutionären Arbeiterkraft gelüftet. Die Propagierung solcher Anschauungen, wie sie Sinowjew ausdrückt, bedeutete also geradezu eine Unterstützung des gerade von der 3. Internationale bekämpften Nationalbolschewismus.

Die angeführten Stichproben genügen zur Feststellung, daß die Anklagen Sinowjews gegen unsere Partei vor allem aus einer Verkennung der Verhältnisse Westeuropas, insbesondere Deutschlands, entspringen. Wir machen Sinowjew daraus keinen Vorwurf. Er ist befangen in den besonderen Gedankengängen, die der Verzicht der russischen Revolution — einer Revolution, in der das städtische Proletariat, gestützt auf die Haltung des revolutionären Bauernturns, seine Diktatur aufrichten konnte — bei der herrschenden kommunistischen Partei hervorgerufen

hat. Es ist aber unmöglich, die Methoden der russischen Revolution ohne weiteres auf die ganz anders gearteten Verhältnisse der westeuropäischen Revolution übertragen zu lassen. Wohin das führen würde, kann sich jeder Leser selbst ausdenken, wenn er die 11 Punkte Sinowjews auf die deutschen Verhältnisse übertragen wollte. Und wohin das geführt hat, zeigt das Schicksal der kommunistischen Partei Deutschlands, die am ersten Tage ihres Bestehens an sich die „russische Laska“ zu eigen gemacht hat. Wenn sie sich heute aus dem vollen Wirtswarr, in dem sie sich befindet, allmählich herausseilt, so verdankt sie das dem Umstande, daß sie mehr und mehr zu der realpolitischen Einsicht und theoretischen Erkenntnis unserer Partei den Weg findet — nicht zuletzt durch die Mithilfe Nadejds, dessen Schrift über die Weltrevolution trotz aller Vermählungen, unsere Partei angeregt, doch im großen und ganzen die Anerkennung der Richtigkeit unserer Taktik bedeutet.

Diese Tatsache möge auch als Antwort auf den letzten Punkt der Anklage Sinowjews dienen, der von der Vereinigung der U. S. P. D. mit der R. P. D. spricht. Wenn eine solche Vereinigung erwünscht ist, so muß mit der Tatsache rechnen, daß die U. S. P. D. tatsächlich die Millionen des Klassenbewußten revolutionären Proletariats Deutschlands umschließt, und daß auch die Tausende von ihr stehenden Gruppen sich mehr und mehr zu dieser Anschauung und zu ihrer Praxis bekehren müssen. Einer solchen Einigung des revolutionären Proletariats dient man aber nicht, wenn man, wie das wiederholt in dem Briefe Sinowjews geschieht, die Massen gegen die „Führer der U. S. P. D.“ anspielt und sie durch falsche Vorprojektionen in das Lager der schwächlichen kommunistischen Gruppen hinüberzuziehen sucht. Eine solche Spaltungspolitik entspricht am allerwenigsten den Aufgaben einer Organisation, die sich die große Aufgabe stellt, alle Kräfte des internationalen Proletariats zusammengzuschließen.

Gewerkschaftliches.

Der Schiedspruch für die Angestellten der Berliner Metallindustrie.

Das vom Reichsarbeitsministerium zur Befolgung der Tarifvertragspflichten zwischen den Angestellten und den Arbeitgebern in der Berliner Metallindustrie eingesehene Schiedsgericht unter dem Vorsitz des früheren Finanzministers Siedelmann hat nach mehrwöchiger Beratung am gestrigen Mittwoch mittag seinen Spruch dahin verkündet, daß die Feuerungszulage auf die ab 1. Juli 1919 festgesetzten Tarifentlohnungen unter Fortfall der inzwischen gewährten Zulagen für alle Angestellten 110 Proz., für Lehrlinge 90 Proz. betragen soll. Daneben soll die bisherige Verbeizulage und Winterzulage in Höhe von je 60 M. monatlich gestrichelt werden. Die neuen Entlohnungen sollen für die Monate Mai bis einschließlich August 1920 gelten, während im Verlaufe der Tarifverträge bis zum 31. März 1921 laufen soll. Die Arbeitszeit ist nach dem Schiedspruch in allen Betrieben für sämtliche Angestellte die gleiche, wie sie jeweils als normale für die Arbeiterklasse gilt, d. h. gegenwärtig eine 48-Stündige in der Woche. In allen Branchen des sogenannten Mißbestimmungsrechtes soll es bei den Bestimmungen des Betriebsrätegesetzes sein Verbleiben haben.

Die Parteien haben sich bis zum Dienstag, den 22. Juni, mittags 12 Uhr, über Annahme oder Ablehnung des Schiedspruches zu erklären.

Neuer Schiedspruch im Einzelhandel.

Da die Verhandlungen zwischen der Einzelhandels-Gemeinschaft Groß-Berlin und den Angestellten-Verbänden zu keinem Ergebnis führten, trat am Freitag beider Parteien am 10. Juni dieses Jahres unter dem Vorsitz von Dr. W. Weigert ein Schiedsgericht im Reichsarbeitsministerium zusammen. Der Ausschuss fällt am 12. Juni d. J. einen Schiedspruch, der sich auf alle Streitigen Fragen des Rahmenvertrages bezieht und insbesondere die Fragen der Ueberstunden, der Commissionsarbeit, der Probe und Nachbeseitigung, der Eingruppierung der Angestellten in die Gehaltsgruppen, die Urlaubfrage, das Verfahren vor einer tariflichen Schiedsstelle usw. regelt. Es besteht

Früh am Morgen öffnete sich oben auf dem Sternsteinhofe ein Fenster der großen Stube, Helene beugte sich heraus und sah auf das Dorf hinab.

Ein leichter Flor lag noch da unten. Langsam kam die Sonne im Rücken des Hügels heran und unten am Bache ward es licht.

Das Turmfrenz der kleinen Kirche brannte, die Häuschen und Gärten hauchten sich rot an und einzelne Fenster erglühten.

Früh wehte die Morgenluft. Die Bäuerin strich einzelne Haarsträhne, die ihr von dem Kuge säckelten, zurück.

Als sie nach der letzten Hütte sah, wo sie eine freundlose Kindheit verlebte, und nach dem Häuschen daneben, wo sie sich und die anderen zu Leid und Last geharkt hatte, da erfaßte es sie, gleich der bedrückenden Empfindung verworrenen Träumens; doch von hier oben verschmolzen die einzelnen Behausungen der Straße nach in eine helle Felle und mit den grünen Hügeln dahinter und dem blauen Himmel darüber in ein freundliches Bild; das eigene Treble verblaßte vor dem Gedanken an das gemeinsame Dronal und Glend, dem sie entronnen, und das von zu fließt da unten, am Fuße des Hügels, nicht hinanzuckte zum Hügel, von dem es ihr nun doch vergönnt war, herabzuschauen, wie sie es einst in kindischer Seele gewünscht und ersehnt.

So hatte es sich doch gefügt! Ein dankbares, fast andächtiges Gefühl überkam sie dankbar, sie wußte es selbst nicht, gegen wen oder was; gegen die Sonne, die alles so warm und freundlich beschien, gegen die Luft, die über allem wehte und sich regte, gegen das Dörschen, die Halde, den blauen Himmel, gegen die ganze, schöne, prangende Welt —?

Sie follete die Hände vor der Brust. Lange blieb sie so, schließlich fuhr sie mit einem lachenden Säusel zurück. Der junge Bauer stand hinter ihr, er halte sie mit beiden Händen unter den Achseln angefaßt.

(Berichtigung folgt.)

Der Sternsteinhof.

Roman von Ludwig Angenruber.

„Stell' du zwei Froll'n auf und leg' in jede ein' extraichen Speck, ich geh' dir in keine.“

„Doh ich dich fangen wollt', das bild' dir nit ein. Mir war nur um's geg'wiesig' gute Drauskommen. Gähst du mit mein' Kestel, gäh' ich dir auch 'n dein'. Sätt'it du mit mir 'n Einsich'n, wurd' ich auch ein's mit dir hab'n. Du aber will'st anders und so kann dir's auch werd'n! Du sollst nit umsonst die Gedanken in mir auf'riegelt hab'n, wie mir Sünd' und Schand', jed's Untertriechen und Verstell'n, all's, was mich d'lieb' n'halb Jahr' her a'peinigt hat, erspart g'blieben war. Läßt R du dich feingelt nit in gleich' herglofer, wie um'st'ger Weis' daw'berg' fest und damol schon zugab'n, was d' heut' nit verhindern konnt'st! Du sollst mich nit umsonst erinnert haben an die Stund', wo ich meche tot wie lebendig, die Sling'n da herunter'schleiden bin und zu unferm Herrgott gedelt hab', er möcht' mich'n Tag erleb'n lassen, wo ich dir dein' erbarlose Hochlolet beimzählen kenn't. Derselb' Tag is hilt da und ich will dir weisen, daß er da is!“

Der Alte sah sie mit zusammengekniffenen Augen und breitgezogenem Munde an. „Was willst mer denn weisen, du?“

„Was ich dir weiß? Dein Ausnahms-Ausnahms' afm Hof da, d's werd' ich dir vertun.“

„Du unterstündst dich —?“

„Jed's weitere Wort' par! Vergiß nit, wen d' vor dir hast. Ich brauch' mir von dir nit sagen z'lassen!“ Damit lehrte ihm Helene den Rücken zu und schritt voran nach der Stube zurück, während der alte Sternsteinhofer mit geballten Fäusten, die eingezogenen Arme vor Mut schüttelnd, hinterdrein stapfte.

Der große Kerger tat aber weder seiner Ehrlust noch seiner Trunkliche Abbruch, sondern schien beide nur zu vereahren, denn ihm sämecke kein kleiner Bissen und mündete kein mähiger Schluß, so daß er, als die Gäste aufbrachen,

mit kläglicher Stimme erklärte, daß ihn „nun schon d'Fühl' verlassen und d'Augen nit mehr taugen wöllten“; die Schilderung seines Zustandes ließ man, als der Wahrheit gemäh, unangefochten, aber die Rechtfertigung desselben durch sein Alter wies man spöttisch zurück und einige Minderbejahrte meinten: heut' wären sie lust so alt wie er, oder er so jung wie sie.

Er erbat sich das Geleite Käsbiermattels und der Lange mühte sich denn auch getreulich, seinem Schützlinge, geweißen Weges, über den Hof zu helfen; es gelang ihm, allen kleinen Fährlichkeiten auszuweichen und wenn es bei größeren markwürdigerweise schielig, so bestand er sie einträchtig mit dem Fremde. Er rannte mit ihm gegen ein halbhoffenstehendes Scheunentor, und als dieses durch den Anprall ganz ausfolg, so kürzten beide in taumelnder Hast dahinterher, so weit es sich in den Angeln drehte, ein paar Schritte weiter fielen sie Arm in Arm über einen umgestürzten, ausgemusterten Brunnenstrog; von diesem einem „Verlauf“ und andern „Froll“ abgesehen, erreichten sie glücklich das Ziel und da sollte an der Schwelle des Häuschens der Käsbiermattel: „Was bist du — du aber in dein' all'n Tag'n — für — für a leichtfünniger Mon — all's — konnt' mer dich heut' wieder — hint' — hint' im Wag'n' g'flechte hab'n.“

Der alte Sternsteinhofer rih sich von seinem Begleiter los und versetzte ihm eins in die Rippen, daß der laut aufschrie. Aber trotz seiner Erbitterung vergah der Käsbiermattel nicht, daß ihm doch noch obliege, den Alten unter Dach zu bringen, und so sahste er ihn denn neuerdings an, freilich etwas kräftiger, als lust not tat und unter Gelächere und Gebörste zur Kammertür hinein, und da fand sich plötzlich der Käsbiermattel allein im Finstern. „Sternsteinhofer — rief er halb laut. — Sternsteinhofer! Wo bist denn? No, so meld' dich, dummer Kerl, ob d' da bist?“

Erst nach einer Weile antwortete aus einer Ecke her ein lautes Schnarchen. „Ab so“, sagte befriedigt der Lange, dann sah er nach dem leeren Bette, meinte: „Es war' doch a Sünd'“ und legte sich in dasselbe.

Begründete Aussicht, daß die Parteien den Schiedspruch, der einen gerechten Ausgleich zwischen den Wünschen der Parteien zu schaffen sucht, annehmen werden.

Deutsche Telephonwerke, Stellung Niederschneeweiler. Schlichte in der Abteilung Niederschneeweiler beschäftigt gewesenen Kollegen und Kolleginnen, sofern sie an der Klage beteiligt sind und nicht länger als 6 Wochen mit ihren Beiträgen im Rückstand sind, werden hierdurch aufgefordert, sich zwecks Nachschub bis spätestens Donnerstag, 4. Uhr nachmittags, auf dem Bureau des Deutschen Metallarbeiterverbandes, Berlin, Dinkelsb. 33, Zimmer 4, unter Vorlage des Mitgliedsbuches zu melden.

Ausperrung in Danzig. Die Schiffswerft G. W. Krawitz in Danzig hat am Mittwoch sämtliche Arbeiter ausgesperrt, da sie der Ansicht ist, daß der Betrieb ohne die Zimmerleute, die sich seit acht Tagen im Ausstand befinden, nicht aufrechterhalten werden kann. Daraufhin ist die Arbeiterschaft der gleichnamigen Maschinenfabrik, die von der Schließung des Werksbetriebes nicht berührt war, in den Ausstand getreten.

Groß-Berlin.

Die Verwahrlosten.

Der Krieg hat das Wibelwort wahr gemacht, daß die Sünden der Väter bis ins vierte Glied von den Kindern gebüßt werden müssen. Es ist ein fürchtbares Erbe, das wir mit den kommenden Generationen antreten. In dem Elend, das auf dem Gebiet der Erziehung, der Gesundheit und der Lebensnot unter den Kindern herrscht, spielt die Verwahrlosung eine große Rolle. Kinder verlieren den Zusammenhang mit der menschlichen Gemeinschaft, sie werden Ausgestoßene, durch ein Vergehen, für das sie nicht verantwortlich zu machen sind. Die Tat des Kindes entbringt seiner Aufsicht- und Hemmungslosigkeit, der Not, sehr oft aber nur dem Bedürfnis, zur Geltung zu kommen, die Aufmerksamkeit auf sich zu ziehen. Diese Tat jedoch macht das Kind zum Außenleiter der Gesellschaft. Sie drückt ihm den Stempel auf, der ihm die Rückkehr in seine naturgemäße Stellung erschwert. Für die Gesellschaft entsteht ein doppelter Schaden. Der Verlust eines Menschen und die Belastung der Gerichte, Fürsorgeanstalten und anderer Einrichtungen, die vor allem von den Außenleitern der Gesellschaft gefüllt werden. Hochleute, die sich mit den Fragen der Jugendgerichtsbarkeit befassen, sind zu der Ueberzeugung gelangt, daß Kinder nur durch die Schuld der Gesellschaft zu Verbrechern werden. In dem Buche „Jugendrecht und Gericht“ sagt der Geheirat Franz v. Bist: „Wir sind uns klar darüber, daß in der Kriminalität der Jugendlichen die Schuld des Einzelnen zurücktritt hinter der Kollektivschuld der Gesellschaft. . . Die Aufgabe der Gesellschaft liegt also in der möglichsten Vermeidung der gesellschaftlichen Verhältnisse, in denen die Kriminalität der Jugendlichen ihren Nährboden findet. Und da unter diesen Verhältnissen das Fehlen oder die Mangelhaftigkeit der Erziehung im Elternhause die Hauptrolle spielt, tritt das Erziehungsproblem in den Vordergrund des Interesses.“

Der Krieg hatte sich mit den Schlagworten Aufklärung, Kultur und Entwicklung geschnitten, und nun sieht man in seinen Folgen Gefahren aufsteigen, denen gegenüber die vorhandenen Jugendfürsorgeeinrichtungen nur Schindelmäßigkeiten sind. Auch der berühmte „Lindenhof“ ist nichts anderes, was bedeutet es, daß einige hundert Kinder in guten Anstalten erzogen, und nicht bestraft werden, wenn Hunderttausende an der Erziehungsnot unserer gesellschaftlichen Verhältnisse leiden. Es bedeutet um so weniger, als eine reaktionäre Bürokratie nicht aus den Erziehungserfolgen dieser Anstalt die Erkenntnis zieht, daß die anderen Anstalten sofort umgestaltet werden müssen, sondern die möglichen Erfolge dieser Anstalt zu hintertreiben sucht, indem sie die Anstalt nur als Durchgangsstation benützt. Was bedeutet eine oder selbst einige guter Anstalten, wenn in vielen anderen noch mittelalterliche Nuthausverhältnisse herrschen? Hoffentlich wird der Erfolg der Wahlen am 20. Juni es möglich machen, mit manden alten Hindernissen gründlich aufzuräumen und die Erkenntnis in die Tat umzusetzen, daß das Gute Allgemeingut werden muß. Daß Vorbeugen besser ist als heilen, daß man nicht warten darf, bis die Jugend verkommt, um dann an ihr herumzuklappen. Die Gesellschaft, die die Familie zerstört hat, die den Kindern Vater und Mutter nimmt, um sie in den Krieg, in die Arbeitsfront zu schicken, muß den Kindern wenigstens Heime mit Spielplätzen, Gelegenheit zu spielender Beschäftigung, Erholungsstätten geben. Der letzte Rest der vom Kapitalismus zerstörten Familienenergie kann nur dadurch bewahrt werden, daß den Eltern das Recht gegeben wird, die Leitung solcher Einrichtungen selbst zu wählen, an ihrer Entwicklung mitzuarbeiten, ihre Richtung zu bestimmen. Wir müssen den Pfaffen und Bürokraten, die noch immer das Werk der Jugendverbesserer frischen, das uns an den Abgrund geführt hat, die Kinder endgültig entreißen.

Die Gasversorgung Berlins.

Bei der Verordnung des Kohlenkommissars sind die Gaswerke verpflichtet, während der Zeit von 8-11¼ Uhr vormittags und von 9-7 Uhr nachmittags sogenannten Sperrdruck zu geben. Dieser Druck gestattet immerhin noch die Entnahme von Gas, besonders in höher gelegenen Wohnungen. Das Zubereiten von Speisen dauert jedoch wesentlich länger, weil die Flamme bedeutend kleiner brennt und eine viel geringere Wärme erzeugt wird. Die Folge davon ist ein erheblicher Verlust der Wärme infolge verfrühter Ausstrahlung, somit ein Mehrverbrauch an Gas. Der Leidtragende ist also der Konsument.

Außerdem ist es mit industriellen Anlagen, die ihren Fabrikationsbetrieb mit Gas betreiben. Sie haben mit Genehmigung

der Kohlenwerke Apparate eingebaut, welche während des hohen Gasdrucks soviel Gas aus den Leitungen saugen, um in den Sperrstunden voll arbeiten zu können. Die ganze Einrichtung der Sperrstunde ist auf das höchste unsozial, weil sie hauptsächlich die erwerbsfähige Bevölkerung trifft. Wohl wenigen ist es möglich, ihre Vorkosten zur Mittagzeit einzunehmen, die meisten Beschäftigten müssen infolge ihrer weiten Entfernung von der Wohnung abends essen, und gerade in dieser Zeit ist Sperrdruck. Die hochschätzliche Wirkung auf Kohleneinsparnis ist übrigens schon von vielen Fachleuten als sehr zweifelhaft hingestellt worden. Es erscheint daher zeitgemäß, falls noch nicht die Möglichkeit besteht, die Gaswerke mit Kohle voll zu beliefern, zum mindesten diese Sperrzeit in der Nachmittagsstunde aufzuheben.

Die Sperrstunden und die nicht volle Belieferung mit Kohle wirken lähmend auf die Gaswerke selbst, denn sie steigern die Unrentabilität. Die zum Teil ganz modern ausgebauten Gaswerke können ihren Betrieb nicht voll ausüben. Nach dem letzten Geschäftsbericht der städtischen Gaswerke Berlins haben diese kein eine Minusenerzeugung von rund 60 Millionen Kubikmeter Gas jährlich der Friedenszeit gegenüber zu verzeichnen. Man rechnet den Ausfall der dadurch entstehenden Einnahmen in den heutigen Gaspreisen um und bedauert dabei, daß bei voller Ausnutzung der Gaswerke die Zahl der Belegschaft sehr wenig erhöht zu werden braucht. Man bedenke ferner, daß der Ausfall der Einnahme aus Nebenprodukten (Kohl, Teer usw.) nach dem Bericht der Gaswerke auf 6 248 000 Mark geschätzt wird. Eine weitere Minusenerzeugung von 442 000 Mark entsteht durch die öffentliche Beleuchtung; die enorme Preissteigerung der Kohle ist hier nicht in Rechnung gestellt. Ferner haben die Gaswerke darum zu leiden, daß die wenigen ihnen zugewiesene Kohle nicht ausgereichende Gas Kohle ist, sondern zum großen Teil Kohle, die sich gar nicht zur Gasproduktion eignet.

Alle Vorstellungen beim Reichskohlenkommissar, welche von der Direktion der Gaswerke sowohl wie von der Vertretung der Arbeitnehmerschaft unternommen wurden, sind resultatlos verlaufen.

Die Öffentlichkeit und ganz besonders die Stadtverwaltung Berlins hat ein Recht zu fordern, daß hier endlich Wandel geschaffen wird. Wenn die Stadtverordnetenversammlung in nächster Zeit dazu neigen will, den Gaspreis abermals zu erhöhen, so liegt die Ursache darin in den angeführten Gründen, alles reaktionäre Gesetze von dem Rückgang der Leistung der Arbeiterschaft ist hinfällig.

Rüchenabfälle.

Man schreibt uns: „In der Abendnummer der „Freiheit“ vom 16. Juni wird auf die Bekämpfung des Rogenrats zurückgekommen und sehr richtig die Notwendigkeit einer direkten Aktion an die Viehhalter betont. Eine sehr merkwürdige Illustration zu dem ganzen Thema gibt eine Bekämpfung, welche in Reußhain, Haus Nr. 28, seitens des Hausbesizers angeordnet ist. Dort heißt es: „Die Rüchenabfälle werden nicht mehr abgeholt. Es wird gebeten, diese in die Müllkäben zu werfen.“ Dieses eigenartige Verfahren, das doch irgendeine Grundlage haben muß, dürfte die Öffentlichkeit recht interessieren.“

Aus dieser Festschrift geht hervor, daß die in Frage kommende Verordnung, wie wir schon geschrieben hatten, in der Praxis vollständig ihren Zweck verfehlt hat. Uebrig geblieben ist nur die Schikarierung ungeschuldiger Personen. Darum nochmals: Fort mit dieser Verordnung und Niedererschlagung der erzagangenen Strafbefehle!

König! Arbeiterturn- und Sportverein Groß-Berlin! Heute, Donnerstag, abends 7 Uhr, im Gewerkschaftshaus Berlin, Engelstr. 15, Saal 1, Versammlung aller im Wirkungsbereich der Eingemeindung befindlichen Arbeiterturn- und Sportvereine. Tagesordnung: Stellungnahme zur Gründung einer einheitlichen Turn- und Sportorganisation.

Das Märkische Museum bleibt am Sonntag, den 20. d. M., mit Rücksicht auf die Wahlen geschlossen.

Der Verband sozialistischer Lehrer veranstaltet als Kundgebung während der Reichsschulkonferenz heute (Donnerstag) abends 7 Uhr eine Massenversammlung im Friedrich-Wilhelms-Gymnasium, Kochstr. 13. Es reden R. d. A. König über Politik und Schulreform, der bekannte Schulreformer, ehemaliges Mitglied des preussischen Kultusministeriums, Genosse Dr. W. H. Necken über „Kunsterziehung“ und Genosse Dr. Dierl über „Rüchenabfälle“ und das religiöse Problem. Alle kaufverpflichteten Genossen, Eltern und Elternbeiräte werden aufgefordert zu kommen, um somit den Auf nach proletarischer Schulreform voranzutreiben zu helfen. Kommt und seid alle auf dem Posten! Die Reaktion hat ihre Reihen geschlossen und marschiert.

Der Republikanische Führerbund hält am Sonnabend, den 18. Juni, abends 7¼ Uhr, in Havelands Festhallen, Kreuz Friedrichstraße 95, eine Mitgliederversammlung der Ortsgruppe Groß-Berlin ab. Mitgliedsbuch legitimiert. Wegen der Wichtigkeit der Tagesordnung wird das Erscheinen aller Mitglieder erwartet.

Der Reichsbanner Parteipräsident Appich ist vom Minister des Innern seines Amtes entlassen worden. Diese Maßregel hängt wohl zusammen mit den Vorgängen, die erst jetzt wieder in der Öffentlichkeit besprochen wurden, dem Vorgehen Appichs gegen ihn unterstellte Beamte und dem Vorfalle im „Tanzpapa“ in Reußhain. Appich hat gegen den „Berliner Lokalanzeiger“, der diese Affäre ebenso wie andere Berliner Blätter besprochen hatte, die Verleumdungsklage anhängig gemacht.

Das Vorleser des ermerdeten Oberlehrers Dr. Hemberger, über das ein Landmann von ihm in der „Bödischen Landeszeitung“ ausführlich berichtete, hat auch die Kriminalpolizei beschuldigt. Das Ergebnis ihrer Ermittlungen deckt sich mit dem, was der Landmann mitteilte. Dr. Hemberger war in der Tat früher katholischer Priester in Würzburg und ist wegen Sittlichkeitsvergehens mit 1½ Jahren Gefängnis bestraft. Seine erste Ehe wurde in London geschlossen und in Berlin wieder geschlossen, nach der Behauptung Hembergers wegen Untreue der Frau. Diese hat infolge der Vorgänge an ihrer Geistesgesundheit gelitten und befindet sich jetzt in einer Nervenheilanstalt.

Neußhain. In der städtischen Walderschulung hätte Königshöhe können noch eine Anzahl erholungsbedürftiger weiblicher Personen und Kinder gegen Zahlung eines täglichen Verpflegungsgeldes von 4 M. bzw. 3 M. für Kinder, Aufnahme finden. Gewährt wird Mittagsessen und Nachmittagsruhe. Die Aufnahme wird dem Bureau der Erholungsstätte, Neußhain, Richardstraße 118, Qu. I Top. von 9-11 Uhr eingereicht.

Lebensmittellisten.

Weissenhof, Abschnitt 20 und 21 der allgem. Lebensmittellisten 250 Gramm Hefestücken.

Aus den Organisationen.

Begleitverband Berlin-Brandenburg.

Die Verbandsgeneralsversammlung findet voraussichtlich am Sonntag, den 4. Juli, statt.

Die Tagesordnung lautet: 1. Geschäfts- und Kassensberichte, 2. Neuwahl des Vorstandes, 3. Organisationsangelegenheiten.

Das Lokal wird noch bekanntgegeben.

Die Geschäftsleitung.

Begleitverband Berlin-Stadt.

Die Distrikte werden ersucht, Flugblätter und sonstiges Material Donnerstag bis 6 Uhr nachmittags vom Bureau, Schiedsstraße 60, abholen zu lassen.

Der 3. und 6. Wahlbezirk wird ersucht, die Stimmzettel für Stadtverordneten- und Bezirksverordnetenwahlen sofort der „Freiheit“-Druckerei, Breite Str. 89, in Auftrag zu geben.

Die Geschäftsleitung.

2. Distrikt. Der für Donnerstag, den 17. Juni, angelegte Jahrsabend fällt aus.

5. Distrikt. Heute abend Sonntagabendverbreitung im ganzen Distrikt.

10. Distrikt. Wähler, die gemittelt sind, am Sonnabend von 5 bis 7 Uhr bei einem Demonstrationsumzug zu spielen, bitte sich bei Müller, Kreuznauer Straße 6 (Laden) zu melden.

11., 13., 15., 17. und 18. Distrikt (3. Berliner Wahlkreis). Genannte Distrikte werden ersucht, die Stimmzettel aus dem Zentral-Wahllokal des Kreises, Penckstr. 65, bei Gäßler (Tel. No. 2075) abgeholt werden können. Soweit die Distrikte noch nicht im Besitze der Programmblätter sind, können dieselben von Kroll, Albrecht Str. 21 (Restaurant) abgeholt werden. Des weiteren machen wir darauf aufmerksam, daß am Sonnabend, den 18. Juni, 6 Uhr, im Humboldthain eine große öffentliche Kundgebung stattfindet. Die Genossinnen und Genossen der einzelnen Distrikte treffen sich auf ihren bekannten Sammelplätzen pünktlich um 5 Uhr und marschieren dann im geschlossenen Zuge nach dem Humboldthain.

16. Distrikt, 1. und 2. Abteilung. Sonnabend nachmittags 6 Uhr öffentliche Wählerversammlung auf dem Sportplatz, anschließende Umzug. Die Genossinnen und Genossen treffen sich um ¼ 5 Uhr in den Wahllokalen.

18. Distrikt. Der nächste Vortragabend des Genossen Rauch findet am Donnerstag 7 Uhr in der Aula der Gemeindefschule, Tegelstr. 18, statt.

Teltow-Beskow. Donnerstag im Bezirksbureau Neußhain, Kochstr. 3, Ausgabe von Flugblättern und sonstigen Material an alle Stadtverordnetenwahlbezirk angeschlossenen Orts des Bezirks. (Postmaterial ist unbedingt mitzubringen.)

Charlottenburg, 7. Gruppe. Wegen Befehung des Parteiloakals findet der Extra-Jahrsabend nicht Donnerstag, sondern Sonnabend, 7¼ Uhr, bei Kuhnert, Sternstr. 4, statt.

Charlottenburg, Gruppe 5. Heute abend Gruppen-Jahrsabend im Bolthaus.

Reußhain. Die Bezirksführer holen Donnerstag von 4 Uhr ab im Parteibureau Flugblätter und sonstiges Material ab.

Tempelhof-Baumgartenweg. Die Versammlung am Freitag 11 verlegt und findet am Donnerstag, den 16. Juni, 7 Uhr abends getrennt statt. In Tempelhof am Wirtschaftshof, Gröbe, Ecke Eisenstraße, für Baumgartenweg am Platz vor der Kirche. Die Genossen haben sich pünktlich einzufinden. Die Bezirksführer treffen sich nach Schluß der Versammlung zu einer kurzen Aussprache, für Tempelhof bei Götzig, Gröbe, Baumgartenweg bei Boges, desgl. treffen sich dort die Kreisabteilungen.

Wilmersdorf. Donnerstag 7 Uhr öffentliche Kommunal-Wählerversammlung bei Schabel, Hindenburgweg 104. — Freitag 7¼ Uhr Mitgliederversammlung bei Heilmann, Bismarckstr. 7. — Sonnabend Flugblattverbreitung von den Wahllokalen aus.

Schmargendorf. Donnerstag 8 Uhr im „Wilden Eber“, Wilmersdorfer Straße, Mitgliederversammlung.

Wilmersdorf. Freitag 7¼ Uhr Unterauschuss für Wohlfahrtspflege der kommunalen Kommission im Rathaus, Mitgliedbuch-Kontrolle. Ausgabe von Legitimationskarten.

Wilmersdorf. Donnerstag abend Flugblattverbreitung von den Wahllokalen. Freitag 7¼ Uhr Kommunalwähler-Versammlung im „Lindenpark“.

Bezirk Borsigwalde. Öffentliche Wählerversammlung Freitag 7 Uhr in den Borsigwalder Schulen. Assistent Genosse Stadtrat Weiss.

Schöneberg. Freitag 7¼ Uhr öffentliche Volksversammlung in der Aula der Gemeindefschule, Wilmersdorfer Straße.

Weissenhof. Sonntag 7¼ Uhr in der Aula Moock-Promenade öffentliche Kommunal-Wählerversammlung. Genossen, sorgt für Rosenbefestigung!

Bereinskalender.

König! Schachspieler. Heute Donnerstag abend 7¼ Uhr Abend in der Abteilung Norden II des Berliner Arbeiter-Schachklubs in der Schwedenstr. 13 bei Stengel ein Vortrag über die Geschichte der deutschen Arbeiter-Schachbewegung. Redner: Gen. Gehlshäger. Gäste willkommen.

Freiwillige Gemeinde Hennigsdorf. Donnerstag 8 Uhr bei Kulkowski, Friedrichstraße, Versammlung. Vortrag des Gen. Horns. Die aus der Kirche Geschiedenen sind eingeladen.

Vertriebsstelle der Textil-Industrie, Untergruppe 4. Heute nachmittags 5 Uhr in der Schulaula, Wilmersdorfer Str. 15, Ballversammlung. Tagesordnung: 1. Bericht über die Verhandlungen mit der Gewerkschaftskommission. 2. Wahl der Delegierten zur Generalfversammlung.

Zentralverband der Angestellten. Versammlungen am Freitag: Jugendliche Vertrauensleute Ballversammlung 7 Uhr im Ostbahnhof. — Nachgruppe 7 (Kauf- und Warenhäuser, Spezialgeschäfte) Mitglieder-Versammlung 7¼ Uhr Germania-Saal, Chausseest. 110 (Annahme oder Ablehnung des Schiedspruches). Nachgruppe 13 d (Chemischer Kleinhandel) Mitglieder-Versammlung 8 Uhr „Alexandrin“, Alexandrinerstraße 87 a.

Verband der Buch- und Stein-druckereiarbeiter und Arbeiterinnen (Verleiherische und Stellvertreter). Freitag 5 Uhr Versammlung im Graphischen Vereinshaus, Alexandrinerstr. 44.

Verband der Fabrikarbeiter Deutschlands (Fabrikarbeiter-Groß-Berlin), Gruppe der Meister (Vorbereiter der Chemischen Industrie) Versammlung am Montag, den 21. Juni, abends 7 Uhr, im „Keldenerberger Hof“, Keldenerberg Str. 147.

Verband Volkshochschulheit. Heute ¼ 8 Uhr in der Albrechtstr. 17 Mitglieder-Versammlung. — Sonnabend, den 19. Juni, Sonnenmaler in „Röppelheim“. Abfahrt 8 Uhr abends vom Schließlichen Bahnhof bei Grünau.

Verantwortlich für die Redaktion: Leo Labisch. Redaktion: Verantwortlich f. d. Inseraten: Ludwig Komertiner, Reichshaus Verlagsgesellschaft „Freiheit“, e. G. m. b. H., Berlin. — Druck der Lindendruckerei und Verlagsgesellschaft m. b. H., Schiffbauerdamm 19.

Spezial-Arzt
Dr. med. Hasché
Friedrichstr. 90, am Stadt-
Rathaus, behohol.
Nacht-, Nacht-, Frauenklinik.
Sprechst. 10-1, 2-3, Sonnt. 11-1.
Kostenl. Beratung.

Alte Gebisse
auch zerbrochene
Bruchgold,
Silberbruch,
Platinabfälle
kauft zu höchsten Tagespreisen
E. Mausdorff,
Chausseest. 110, v. l. Portal I,
(an der Invalidenstrasse).

Alt-Papier,
altes gekauttes Papier,
Zeitung, Zettelschrot,
Pfeiler, Stripsen etc.
kauft zu höchsten Tagespreisen
Fritz Seyditz,
Mühlen, Gremmstr. 4,
Telefon: 21011/12/13/14.

Metallankaufsstelle
Osten,
Grüner Wer 80,
kauft zu höchsten Tagespreisen für
Kupfer, Messing,
Blei, Zink usw.
Elektromotore
Gleichstrom u. Drehstrom
kauft
Ingenieurbüro Schlichting
Berlin W 9, Linkstr. 18,
Tel.: Lützow 2705 und 2815

1000 Fahr-
radmodelle
98 Mk.,
Schluche
32 Mk.
Reparatur, Hilt-Lie-Lieder,
Reichstr. 10/11, 9. Rain Läden.
Alt-Metalle
Engros-Verwertung,
Invalidenstr. 142

Altmetalle
Quecksilber, Zahngebisse,
Platin-Silberbruch,
kauft zu höchsten Tagespreisen
1. Brunnenstr. 11
2. Neukölln 229
Kaiser-Friedrich-Straße

Futterstoffe
Nähgarn und Seiden
kauft jeden Punt für ein
Brot, Zahl höchste Preis.
Altwoll, Schneidmatt,
Kanzlerstraße 42, Linden,
Telephon: Humboldt 246.
Altmetalle
Quecks., Stahl, Zinn etc.
höchstzahler G. Metallschmelze
Prinzessinnenstr. 17, 9. u. 10. B.

Kupfer 8,-
Messing 4,-
Blei 2,-
Zink 1,20
Schulzendorfer Str. 2

Genossen, gebt eure gelesenen Nummern der „Freiheit“ an nichtanhängende Kollegen! Bestes Werbematerial.